

# Sächsische Elbzeitung.

## Amtsblatt

für das Amtsgericht, das Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau, sowie den  
Stadtgemeinderat zu Hohnstein.

Die „Sächsische Elbzeitung“  
erscheint Dienstag, Donnerstag  
und Sonnabend. Die  
Ausgabe des Blattes erfolgt  
täglich vor 6 Uhr nachm. 5 Uhr.  
Bezugs-Preis viertel-  
jährlich 2.— M., monatlich  
1.40 M., 1 monatlich 70 Pf.  
durch die Post vierteljährlich  
2.10 M. (ohne Postgebühr).  
Einzeln Nummern 12 Pf.  
Alle Kaiserlich. Postanstalten,  
Postboten, sowie die  
Reisungsträger nehmen stets  
Bestellungen auf die  
„Sächsische Elbzeitung“ an.

Tägliche Beilage:  
„Unterhaltungsblatt“.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Diele. — Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Fernsprecher Nr. 22.  
Telegramme: Elbzeitung.

Anzeigen, bei der zweiten Ver-  
breitung d. Bl. von große  
Wirkung, sind Montag,  
Mittwoch und Freitag bis  
spätestens vormittags 9 Uhr  
aufzugeben. Ortspreis für  
die 5 gespalt. Zeilen  
oder deren Raum 20 Pf.,  
bei auswärtigen Anzeigen  
25 Pf. (tabellarische und  
schwierige Anzeigen nach  
Uebereinkunft).

„Eingeladene“ und „Klams“  
50 Pf. die Zeile.

Bei Wiederholungen ent-  
sprechender Nachsch.

Tägliche Beilage:  
„Unterhaltungsblatt“.

Zeitung für die Landgemeinden: Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen,  
Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächs.-Böhm. Schweiz.

Im Falle höherer Gewalt (Krieg oder irgendwelcher sonstiger Störungen des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten) hat der Bezugsnehmer seinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises zu verlieren.

Anzeigen-Nachmittellen: In Bad Schandau: Geschäftsstelle Hauptstraße 134; in Dresden, und Leipzig: Haafenstein & Vogler, Invalidentank und Rudolf Woffe;  
in Frankfurt a. M.: G. L. Danne & Co.

Nr. 149 Bad Schandau, Donnerstag, den 12. Dezember 1918 62. Jahrgang.

### Gültigkeit der Kleingeld = Gutscheine.

2260 o. F. Die Gültigkeit der vom unterzeichneten Bezirksverband ausgegebenen Kleingeld-Gutscheine über 50 und 10 Pfennige — Bekanntmachung vom 25. August 1917 in Nr. 104 der Sächsischen Elbzeitung vom 30. August 1917 — ist mit Genehmigung des Ministeriums des Innern bis Ende 1919 verlängert worden.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Pirna,  
den 6. Dezember 1918.

### Errichtung eines öffentlichen, gemeinnützigen Wohnungsnachweises für die Stadt Schandau.

Für die Stadt Schandau wird ein öffentlicher, gemeinnütziger Wohnungsnachweis errichtet. Seine Geschäftsstelle befindet sich im Rathaus, 1. Obergeschoß, Zimmer Nr. 3. Hierzu wird folgendes bestimmt:

§ 1. Jeder Eigentümer oder Pächter oder Verwalter eines Grundstücks hat den Eintritt der Vermietbarkeit einer Wohnung (z. B. durch Kündigung oder sonstige Aufhebung eines Mietverhältnisses oder durch Eintritt der Verjährbarkeit bei Wohnungen in Neu- und Umbauten) dem öffentlichen Wohnungsnachweis binnen einer Frist von 1 Woche, nachdem er von dem Eintritt der Vermietbarkeit Kenntnis erlangt hat, anzuzeigen. Die Anzeige kann schriftlich mittelst einer vorgeschriebenen Anmeldekarte oder mündlich unter Angabe der auf der Anmeldekarte vorgesehenen Einzelheiten über Lage, Größe und Ausstattung der Wohnung sowie über die Mietbedingungen erfolgen.

§ 2. Ebenso haben die in § 1 genannten Personen bei der Vermietung einer Wohnung dem Wohnungsnachweis binnen einer Frist von 3 Tagen nach Abschluß des neuen Mietvertrages Anzeige zu erstatten, und zwar mündlich oder mittelst einer vorgeschriebenen Anmeldekarte. Die gleiche Abmeldung ist zu erstatten, wenn eine als vermietbar angemeldete Wohnung nicht wieder vermietet oder dauernd der Benutzung zu Wohnzwecken entzogen, z. B. zu gewerblichen Zwecken oder als Lagerraum usw. benutzt werden soll.

§ 3. Die in den §§ 1 und 2 genannten An- und Abmeldekarten für vermietbare und vermietete Wohnungen sind beim Wohnungsnachweis während der Geschäftsstunden unentgeltlich zu entnehmen.

### Aus Stadt und Land.

— An dem Gebäude des hiesigen Postamts ist nunmehr die erste Hälfte der Inschrift, nämlich „Kaiserliches“, beseitigt worden.

— Abdul Muz Nurey, der hier noch in guter Erinnerung stehende Zauberhändler, kündigt für Sonnabend zwei Vorstellungen in Hegenbarths Sälen als sein zweites Gastspiel an. Er trifft diesmal mit einem größeren Personal ein und bringt viel Neues und Interessantes. Wir konnten über seine erste hiesige Vorstellung lobend berichten und empfehlen deshalb auch diesmal den Besuch derjenigen am Sonnabend.

— Verschwinden ist seit Sonntag abend der Stiefvater des Postkassensers Venus vom hiesigen Postamt (der frühere Schmied Otto Rasche). Abends 8 Uhr ist derselbe in Schöna weggegangen, um durch den Hirschgrund nach dem Bahnhof Hirschmühle-Schmilka zu gelangen. Seitdem fehlt jede Spur von ihm. Er ist 68 Jahre alt und war bekleidet mit Stiefelsetten, grauwollenen Strümpfen, grau-weiß-karierten Hosen, braunem Jackett, dunkler Weste und dunkelblauem Leberzieher, er trug einen braunen Filzhut und hatte einen Schirm bei sich. Wahrnehmungen, die über den Verbleib des Verschwindenden Auskunft geben, werden an Postkassensers Venus erbeten.

— Die Grenzüberwachung ist jetzt etwas gemildert worden. Es bleibt zwar in den Teilen des Reiches, die nicht vom Feinde besetzt sind und nicht in die neutrale Zone fallen, die militärische Grenzüberwachung der in das Ausland — zu dem auch Oesterreich zählt — reisenden Personen bis auf weiteres bestehen, aber nur soweit sie im steuerlichen Interesse oder aus wirtschaftlichen Gründen erforderlich erscheint.

— Befehung der Erzgebirgs-Grenze. Nach Meldungen aus Katharinenberg i. Erzg. haben Soldaten des Chemnitzer Soldatenrates mit Rücksicht auf das Vordringen der tschechischen Truppen von Oibernhau aus die Erzgebirgs-Grenze besetzt.

— Eine sächsische Volksvertretung. Wie die Dresdner Volkszeitung mitteilt, hat ein sozialdemokratischer Bezirkstag für Ostschlesien, der am Sonntag tagte, gegen nur eine Stimme beschlossen, eine Volksvertretung für Sachsen zu berufen und sie gleichzeitig mit den Wahlen für die Nationalversammlung wählen zu lassen.

§ 4. Der Eigentümer, Pächter oder Verwalter eines Grundstücks hat den Beauftragten des Wohnungsnachweises jederzeit Zutritt zu den als vermietbar angemeldeten Wohnungen zu gestatten und ihnen auf Verlangen über die Ausstattung und die Mietbedingungen Auskunft zu erteilen.

§ 5. Eine übersichtliche Zusammenstellung über den Vorrat an vermietbaren Wohnungen (Wohnungsanzeiger) ist vom Wohnungsnachweis in regelmäßigen Zwischenräumen, etwa aller 8 bis 14 Tage, öffentlich durch Aushang bekannt zu machen.

§ 6. Die Benutzung des öffentlichen Wohnungsnachweises steht Vermietern und Mietern unentgeltlich zur Verfügung.

§ 7. Diese Verordnung tritt am 16. ds. Mts. in Kraft mit der Maßgabe, daß sie auf sogenannte Sommerwohnungen für Kurgäste und sonstige Erholungsfremde keine Anwendung findet und weiter, daß für alle am 16. Dezember dieses Jahres leerstehenden oder infolge Kündigung usw. vermietbaren Wohnungen vom Vermieter gemäß § 1 Anzeige zu erstatten ist, ebenso gemäß § 2 für alle nach dem 16. Dezember 1918 vermieteten Wohnungen.

§ 8. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen in den §§ 1, 2, 4 und 7, wie insbesondere Unterlassung der fristgemäßen An- und Abmeldungen der Wohnungen, Verweigerung der Auskunft und Erstattung unwarher Angaben werden mit Geldstrafe bis zu 50 M. oder Haft bis zu 5 Tagen geahndet.

Schandau, den 9. Dezember 1918.

Der Stadtrat.

### Lebensmittel betr.

Donnerstag, den 12. Dezember:

Wild — Hirsch und Reh — bei Koppirsch, von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 4 Uhr, auf Wildfleischkarte, Abschnitt 1. Die Nummern 1121—1320 sind an der Relhe.

Margarine — auf Lebensmittelmarke Nr. 11 und Fettmarke B vom Dezember 1/8 Pfund bei Klemm, Gräse und Pfau. Preis M. 2.24 das Pfund.

Freitag, den 13. Dezember:

Ausländische Zwiebeln — bei Werner — vorm. 9—12 und nachmittags 2—4 Uhr. Ausgelesene, gute 60 Pf. das Pfund, über 10 Pfund 50 Pf., minderwertigere 25—35 Pf. das Pfund.

Schandau, am 11. Dezember 1918.

Der Stadtrat.

Fortsetzung des amtlichen Teils in der Beilage.

— Falsche Gerüchte. Nach telephonischen Anfragen ist in verschiedenen Orten der weiteren Umgebung das Gerücht über in Pirna erfolgte Straßenkämpfe verbreitet. Der „P. A.“ teilt demgegenüber mit, daß auch diese Nachricht wie so manche andere Hiebsspost sich zum Glück nicht bewahrheitet. Das Volkshaus „Zum weißen Roß“, das demoliert worden sein sollte, befindet sich noch intakt, und der A- und S-Rat hält darin noch ungestört seine Sitzungen ab. Bei der Besonnenheit der Bürgerschaft glauben wir auch künstlich an keinerlei Uebergriffe, obwohl nicht zu verkennen ist, daß Zündstoff zu Ausschreitungen wie überall so auch hier genügend vorhanden ist. Es würde durch Gewalttätigkeiten auch nur das Gegenteil von dem erreicht werden, was man vielleicht beabsichtigt. Den Urhebern derartiger beunruhigender Gerüchte sollte aber recht energisch das Handwerk gelegt werden.

— „Pressfreiheit.“ Nachdem am Montag abend in der Alberthalle zu Leipzig eine Versammlung des Demokratischen Vereins durch Matrosen, Soldaten und Zivillisten gesprengt worden war, sammelte sich nachts in der 12. Stunde vor dem Gebäude der Leipziger Neuesten Nachrichten eine aufgeregte, etwa 500 bis 600 Köpfe zählende Menge und erzwang durch die Drohung, den Betrieb stürmen und zerstören zu wollen, den Verzicht auf die Wiedergabe des Berichts über die gesprengte Versammlung in der Alberthalle. Die Leipziger Neuesten Nachrichten haben in einem Telegramm an die Volksbeauftragten Ebert und Scheidemann gegen diese Vergewaltigung der Pressfreiheit protestiert.

Eberbach. Eine französische Besatzung ist, wie der „Oberl. Volksbote“ berichtet, in dem benachbarten böhmischen Grenzort Rumburg eingezogen und hat die dortige tschechische Garnison, die 730 Mann umfaßt, verstärkt. Auf der böhmischen Nordbahn, von der bekanntlich von hier eine Linie über Rumburg—Böhmisch-Tepla nach Prag führt, ruht der Verkehr infolge Arbeitslosigkeit des deutschen Eisenbahnpersonals noch immer.

Dresden. Infolge Ausbleibens jeder Kohlenzufuhr wird der Dampfschiff-Verkehr von Dresden elb- aufwärts spätestens am 13. Dezember und von Dresden elb- abwärts spätestens am 19. Dezember eingestellt.

Chemnitz. Die Chemnitzer Mannen sind am Sonntag, nachdem sie erst einige Tage in der Wittweibauer Gegend einquartiert worden waren, nach Chemnitz zurückgekehrt. Am Sonntag vormittags 11 Uhr wurden sie am Gasthaus zu Eberdorf

erwartet, wo sich ein zahlreiches Publikum eingefunden hatte und wo auch eine Begrüßung geplant war. Zu dieser Begrüßung kam es jedoch nicht. Kurz vor der Ankunft an dem genannten Gasthause hatten mehrere Mitglieder des Chemnitzer Arbeiter- und Soldatenrates, die unter Mitführung eines Lastautos dem Zuge entgegengefahren waren, die Mannen aufgefordert, ihre Waffen abzugeben. Die Mannen hatten dies verweigert, dabei aber gleichzeitig auch erfahren, daß in zwei in der Nähe befindlichen Bauerngütern Maschinengewehre aufgestellt seien. Die Entrüstung darüber war natürlich groß. Sie war die Veranlassung, daß mehrere Schüsse auf die Bedienung der Maschinengewehre abgegeben wurden. Durch die Schüsse wurden einige Leute der Bedienungsmannschaft der Maschinengewehre verletzt. Ein Teil dieser Mannschaften flüchtete darauf. Der zurückbleibende Teil, sowie eine Anzahl von Mitgliedern des Chemnitzer Arbeiter- und Soldatenrates wurde von den Mannen verprügelt. Die Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates wurden nach Waffen untersucht und dann unter scharfer Bedeckung im Zuge mitgeführt. Wenige Minuten später ereignete sich ein weiterer Zwischenfall, indem das Mannenregiment auf eine Abteilung von etwa 100 Mann bewaffneter Infanteristen stieß. Diese gaben an, als „Ehrenkompanie“ der einziehenden Truppe entgegengeleitet worden zu sein. Da sie aber scharf geladen hatten, brachte der Kommandeur dem Vordringen Mißtrauen entgegen. Auf seinen Befehl mußten die Infanteristen ihre Gewehre zusammensetzen. Die Ehrenkompanie wurde ebenfalls unter scharfer Bedeckung im Zuge mitgeführt. Ohne weitere Zwischenfälle erreichten dann die Mannen, von der Bevölkerung kümmlich begrüßt, ihrer Kaserne, wo Herr Major Genthe zum Schluß eine markige Ansprache hielt, in der er sich und das Regiment als treu zur Regierung Ebert-Haase bekannte. Schon vor dem Einzug in Chemnitz war an das Regiment von Seiten des Chemnitzer Arbeiter- und Soldatenrates das Ansuchen gestellt worden, sich entwaffnen zu lassen. Die Mannen dagegen wollten ihre Waffen erst nach dem Eintreffen in ihre Kaserne abgeben, und der Soldatenrat des Mannenregiments beschloß demgemäß. Am Sonnabend erschien der Soldatenrat der Mannen beim Chemnitzer Arbeiter- und Soldatenrat und legte dar, daß das Regiment treu zur neuen Regierung Ebert-Haase stehe, daß es aber mit den Unabhängigen, die im Chemnitzer Soldatenrat stark vertreten seien, nichts zu tun haben wolle. Sonntag nachmittags schickte im Auftrage des Soldatenrates Oberbürgermeister Dr. Hübschmann, Stadtpräsident Krauß, Polizeipräsident Harnisch, Polizeidirektor Vohse und Garnisonältester Frisch dem Major Genthe von den 12 Mannen eine Vorladung, sofort im Rathaus zu erscheinen. Major Genthe erschien auch und im Verlaufe der Verhandlungen gab es eine lange, heftige Auseinandersetzung, während der der Major den schriftlichen Befehl des ihm vorgelegten Garnisonältesten erhielt, daß das Regiment in der Kaserne sofort die Waffen niederzulegen und diese einem dazu bestimmten Kommando des Ersatz-Bataillon Nr. 181 bis 1/2 9 Uhr zu übergeben habe. Der Befehl wurde telephonisch und schriftlich sofort an das Regiment geleitet. Major Genthe und die anwesenden Vertreter des Soldatenrates der 12 Mannen gaben eine schriftliche Erklärung ab, daß sie den Befehlen des Garnisonältesten unweigerlich gehorchen würden. Die Waffen wurden demnach auch abgeliefert und in der Nacht vom A- und S-Rat alle Beteiligten verhaftet, unter ihnen auch Major Genthe.

# Der Kampf um die Ostmark.

Von einem Ostmark-Deutschen wird uns geschrieben: Das Polentum fühlt sich seiner Sache schon ziemlich sicher. In der Provinz Posen wenigstens hat es so gut wie überall seine Hand auf die Staatsverwaltung gelegt, hat die deutschen Beamten vertrieben oder ihnen politische Aufpasser auf die Nase gesetzt, hat Bürgerwehren organisiert, die ausschließlich polnischer Führung gehorchen, hat dafür gesorgt, daß die deutsche Wehrmacht aufgelöst wurde und auch die Ernährungswirtschaft der Provinz von jedem Berliner Einfluß unabhängig gemacht. Daß sie danach das Polnische als Amtssprache eingeführt haben, ist schon wie eine bare Selbstverständlichkeit hingenommen worden. Nun geht es auch den Schulen — den preussischen Staatsschulen — an den Kragep. Der deutsche Sprachunterricht wird abgeschafft, zugunsten des polnischen natürlich, polnische Lehrer werden aus dem deutschen Sprachgebiet herangeholt, so daß jeder sich das Schicksal der deutschen Lehrer in den gemischtsprachigen Bezirken an den fünf Fingern abzählen kann — kurz sie wirtschaften als völlig unbeschränkte Herren auf einem Boden, der annoch einen festen Bestandteil des Deutschen Reiches bildet, und verlangen stellenweise sofort die Entfernung deutscher Truppen, die, nach schweren Minderungen durch die polnische Bevölkerung herangeholt, die Ordnung wiederhergestellt hatten.

Man traut seinen Ohren nicht, wenn man hört von Subdivisionsbefehlen an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, an Lloyd George, an Clemenceau, denen Beteuerungen zugehen über die Bande alter Freundschaft und gemeinsamer Bestrebungen, an Foch und Orlando und wer sonst noch im Lager unserer Feinde einen mehr oder weniger großen Namen hat. Ganz offen rühmt man sich dieser Dinge, macht auch daraus kein Geheimnis, daß man sich an Bilsudski, den Oberbefehlshaber in Warschau, mit der Bitte um militärische Hilfe gewandt und, nachdem man von ihm einen Korb bekommen, bei der Entente um Entsendung des in ihren Reihen kämpfenden Polenheeres zum Schutze der polnischen Interessen petitioniert hatte. Weiter kann man es nicht gut treiben. Aber in Berlin ist alles ruhig. Man verkündete, daß die Aufhebung aller Ausnahmegeetze gegen die Polen unmittelbar bevorstehe, regt sich aber nicht weiter auf, wenn darauf hingewiesen wird, daß die Polen eben dabei sind, ihrerseits Ausnahmegeetze gegen die Deutschen zu schmieden. Selbstbestimmungsrecht der Völker — damit basta!

Selbstbestimmungsrecht der Völker — aber schließlich sind wir Deutschen ja vorläufig auch noch ein Volk oder so etwas Ähnliches. Wir haben in der Provinz Posen allein 800 000 Deutsche, nicht bessere aber auch nicht schlechtere Glieder unseres Stammes, als wir sie sonst überall haben. Sie schicken ihre Vertrauensmänner nach Berlin. Die Regierung schickte dann ihre Bevollmächtigten nach Posen — sie wurden von den Polen nach allen Regeln der Kunst eingewickelt und unschädlich gemacht. Also was bleibt? Mit den USA war nichts mehr anzufangen, denen hatten schon die Polen ihren Odem eingeblasen, und sie bewährten sich dann als Vorkämpfer der Polonisierung unserer Ostmark. Aber neben ihnen hatten die Polen auch noch Volksräte ins Leben gerufen und diese Organisation auf dem in der vorigen Woche mit allem nationalen und kirchlichen Pomp abgehaltenen „Teilgebietslandtag“ durch einen „Obersten Volksrat“ gekrönt. Alles natürlich zur höheren Ehre des zukünftigen Polenreiches, das von Danzig über Posen nach Oberschlesien reichen und diese preussisch-deutschen Grenzmarken mit Warschau und Lemberg zu einem großmächtigen Staatswesen vereinigen soll. Dieser Weg war auch für das Deutschtum unserer Ostprovinzen gangbar. Und so bildeten sich allenthalben Volksräte. In den Dörfern und kleinen Städten, in den deutschen Kolonien schossen sie empor, zumeist ohne jede Anregung von außen. Aber das Beispiel, einmal gegeben, fand rasch in der Nachbarschaft willige Gefolgschaft, und es dauerte nicht lange, da schlossen sich auch schon die jungen Gebilde hier und da kreis- oder bezirksweise zusammen. Und in den aller-nächsten Tagen soll nun auch diese Schöpfung des Nationalitätenkampfes im Osten seine Krönung finden: am 12. Dezember tritt in Posen der „Deutsche Volksrat“ zusammen, dazu bestimmt, die deutschen Kräfte der Provinz in gleicher Weise, wie es auf polnischer Seite geschehen ist, zu einheitlicher Machtausübung aufzufassen. Die Deutschen im Osten wissen: es gilt die Verteidigung der Heimat, die Abwehr von Unterdrückung und Fremdherrschaft, die Bewahrung von Sprache und Sitten, die Zugehörigkeit zum ganzen, zum gemeinsamen Vaterlande — wie sollten sie da nicht aufwachen und zu den Waffen greifen: den Waffen des Wortes, der Aufklärung, der Solidarität und Organisation, um die Arbeit ihrer Väter nicht untergehen, um ihre Kinder und Kindeskiner nicht in der Flut des Polentums ertrinken zu lassen.

Es ist immer erhehend zu sehen, wie eine Nation oder ein Volksteil in höchster Gefahr den Kampf um Leben und Freiheit aufnimmt. Wir ändern sollten uns aber in diesem Falle nicht mit der bloßen Zuschauerrolle begnügen. Einmal sind es unsere Brüder und Schwestern, die ihre Zugehörigkeit zu uns behaupten wollen. Und dann würde die Grundlage für unsere ganze Wirtschaft erheblich verschmälert, wenn auch nur die Provinz Posen uns wirklich verlorenginge: von Westpreußen und Oberschlesien ganz zu schweigen. Also ist es ein deutscher Kampf, der jetzt im Osten entschieden werden wird, und deshalb muß alles, was deutsch denkt und deutsch empfindet, mit ganzem Herzen teilnehmen an dem schicksalsschweren Ringen dort. Lassen wir nicht im Stich, was zu uns gehört seit Jahrhunderten. Noch ist Posen nicht verloren, fingen und sagen die Polen. Antworten wir ihnen, daß auch Posen noch nicht verloren ist, für uns nicht verloren. Und helfen wir den Deutschen, es für sich und für uns siegreich zu behaupten.

## Wilson und der Friedenskongress.

Der Präsident nicht persönlich anwesend.

Washington, 10. Dezember.

Von dem Dampfer „George Washington“ wird drahtlos gemeldet, daß Präsident Wilson nicht persönlich bei den Friedensverhandlungen anwesend, wohl aber in Verbindung mit den leitenden Persönlichkeiten der Alliierten und bereit sein wird, die ihm unterbreiteten Fragen zu erledigen. Diese Meldung muß einigermaßen überraschen. Wenn der Präsident nicht persönlich den Friedensverhandlungen beiwohnen will, so ist der Zweck seiner Europareise nicht recht ersichtlich. Wahrscheinlich wird er also nur an der Versailler Vorbesprechung teilnehmen, die die Grundzüge des Friedensvertrages festlegen soll.

## Gegen jede Übermacht zur See.

Über seine Haltung bei den kommenden Friedensverhandlungen hat Präsident Wilson sich kurz nach seiner Abfahrt von Amerika zu einem Mitarbeiter des „United Press“ geäußert, der seinem Blatte darüber durch Funk-spruch mitteilte:

Der Präsident begibt sich nach Europa, um die Ideale der Amerikaner zu vertreten und für seine 14 Punkte zu kämpfen. Auf der Friedenskonferenz wird der Präsident auf der Freiheit der Meere und der allgemeinen Abrüstung bestehen. Auf das dreijährige Flottenprogramm der Vereinigten Staaten gesteht er, anzukündigen, daß kein Volk die Vorherrschaft auf dem Meere innehaben dürfe und daß, wenn andere Völker ihr Flottenbauprogramm nicht einschränken, die Vereinigten Staaten das Ihrige erhöhen müßten. Der Präsident geht von der Ansicht aus, daß die Meere von der ganzen Welt bewacht werden müssen.

Hier wird also erklärt, daß Wilson auf der Friedenskonferenz erscheinen will. Allem Anschein nach hat diese Botschaft in England Mißstimmung hervorgerufen, so daß die neue Erklärung vom Dampfer „George Washington“ gleichsam als Rückzug anzusehen ist. Wilson findet übrigens in seiner Heimat lebhaftestegenerische. Der ehemalige Präsident Roosevelt erklärt, die Entente könne auf die berühmten 14 Punkte nicht festgelegt werden, da sie sie nicht angenommen habe. Im übrigen müsse sich Amerika mit der zweiten Flotte der Welt begnügen, und dürfe nicht begnügen, eine ebenso große Armee zu unterhalten, wie Frankreich.

## Berlängerung des Waffenstillstandes.

Verhandlungsbeginn am 12. Dezember.

Berlin, 10. Dezember.

Die Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes beginnen am 12. Dezember in Trier. Die dafür tätigen Mitglieder der deutschen Waffenstillstandskommission, Staatssekretär Erzberger, Graf Oberndorff und Kapitän a. S. Banselew, sind gestern abend von Berlin über Kassel nach Trier abgereist, wo sie mit dem von Spaa kommenden General von Winterfeldt zusammen-treffen werden.

## Ein neuer Protest.

Verletzungen des Waffenstillstandsabkommens.

Gegen die von Marshall Foch am 7. Dezember angeordnete Absperrung des geräumten Infrarheinischen Gebietes von der Lebensmittelzufuhr und des Verkehrs aus der neutralen Zone und dem übrigen Deutschland hat die deutsche Regierung auf diplomatischem Wege Einspruch erhoben, da diese Maßnahmen im Widerspruch zu den Bestimmungen des Waffenstillstandes stehen, wonach „keine allgemeinen oder staatlichen Maßnahmen ergriffen werden dürfen, die eine Entwertung der industriellen Anlagen oder eine Verringerung ihres Personals zur Folge hätten“. Durch die verhängte Unterbindung des Verkehrs wird die absolut notwendige gegenseitige Zufuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten zur Aufrechterhaltung der industriellen Anlagen unmöglich gemacht, wodurch deren „Entwertung“ eintritt, was, Produktionsunmöglichkeit aber zwingt wiederum zur „Verringerung des Personals“, Arbeitslosigkeit und neues Elend in den willkürlich getrennten unterdeutschen Gebieten sind die unabwendbaren Folgen.

Die deutsche Regierung schlägt daher vor, diese Frage bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes dahin zu regeln, daß unbeschadet des Aufsichtsrechts der Alliierten vollkommene Verkehrsfreiheit zwischen den geräumten Gebieten und den übrigen Teilen Deutschlands gewährleistet ist.

Ein erneuter Protest ist dem General Dubaut über-mittelt worden wegen der Ausweisung von Beamten und anderen Beruhen aus dem besetzten Gebiet, was im Widerspruch mit dem Waffenstillstandsabkommen steht, in dem ausdrücklich den Bewohnern des besetzten Gebietes Sicherheit des Lebens und Eigentums vor jedem Eingriff zugesagt worden ist.

## Abschnürung der Nordseeinseln.

Die Entente hat die von der Marinekommission erbetene Erleichterung des Waffenstillstandsvertrages abgelehnt und damit auch die Möglichkeit einer regelmäßigen Verbindung mit den Nordseeinseln in Frage gestellt. Infolgedessen ist der Nachschub der Verpflegung auch aus Marinebeständen für die Bevölkerung der Inseln nicht sichergestellt, selbst wenn die Überführung der Bevölkerung der Inseln von der Entente gestattet werden sollte. In Frage kommt in erster Linie die Bevölkerung der Insel Helgoland, welche während des Krieges auf dem Festlande untergebracht war.

## Scheidemann über den Staatsgerichtshof.

Wie aus London berichtet wird, hatte der Pariser Mitarbeiter des „Daily Express“ eine Unterredung mit dem Volksbeauftragten Scheidemann, in deren Verlauf der deutsche Sozialistenführer erklärte, daß die beste Bürgschaft für die Stabilität der Regierung die Einberufung der Nationalversammlung sei.

Auf die Frage, welche Haltung die Regierung gegenüber dem Kaiser und der Forderung der Alliierten hinsichtlich der gerichtlichen Verfolgung der an dem Kriege schuldigen Persönlichkeiten einnehmen werde, sagte Scheidemann: Die Frage der Gründung eines Staatsgerichtshofes, vor dem alle, die an dem Kriegsausbruch Schuld tragen, erscheinen sollen, werde von der Regierung bereits erwogen, und die Nationalversammlung werde darüber zu entscheiden haben. Scheidemann selbst ist der Ansicht, daß der Kaiser schon genügend bestraft ist. Über die Hauptfrage, welche Schuld er am Kriege trage, müsse aufgeklärt werden.

## Alliiertenkommissionen in Berlin.

In Berlin sind eingetroffen: eine englische Abordnung, bestehend aus folgenden Mitgliedern: General Ravenshaw, Hauptmann Bideman, Leutnant Konfemank und Leutnant T. F. Vreen; eine französische Kommission, bestehend aus: Gesandten Baron Albert d'Anthorand, Delegierten des französischen Roten Kreuzes, Major Marcel Rehm, Militärintendant Blanc Begay, Dolmetscher-Offizier Roger Guffon, Leutnant Alexandre Dono und Leutnant André Schuller; eine belgische Abordnung unter Führung des Generalsekretärs für Kriegsgefangenen-schutz Victor Pleux, Major de Gols und Advokat Théophile Berce.

## Landwirte, gebt acht auf die gefüllten Scheunen!

## Der Einzug der Garde in Berlin.

Fg Berlin, 10. Dezember.

Die Reichshauptstadt war heute in festlicher Empfangsstimmung, die auch der wässliche Nebelregen nicht herab-zumindern vermochte und ungezählte Zehntausende strömten um die Mittagstunde der historischen Feststraße, den Linden, zu, um den ersten, durch das Brandenburgertor heim-tretenden Truppen den Willkommenstruß der Heimat zu entbieten. Kein äußerlicher Parabeglanz und keine Triumph-hogen sind zu sehen, aber in liebevoller Schlichtheit schmückten Lannentreis und Blumen, darüber die knatternden Fahnen die Einzugsstraßen.

## Am Brandenburger-Tor

hatten sich gegen 1 Uhr die Mitglieder der Regierung mit Ebert an der Spitze sowie die Vertreter der Militär- und Zivilbehörden zur Begrüßung eingefunden. Auf einer kleinen, höchstens einen Quadratmeter großen Rednertribüne standen in drangvoll fürchterlicher Enge etwa ein Dutzend Personen. Die ganze Regierung ging nicht hinauf, denn schon bei dieser Belastung kratzte und wankte das Gerüst, ein Umstand, dessen sich allseitig der Berliner Volkswill bemächtigte: „Paß auf, Emil, gleich stürzt die ganze neue Regierung!“ — Kurz nach 1 Uhr erreichten die Spitzen der Garde-Kavallerie-Schützen-division das Brandenburger Tor, wo ihnen eine Garde-Infanterie-kapelle unter Leitung des Armeemusikinspektors den preussischen Parabemarsch entgegenschmetterte.

## Vollksbeauftragter Ebert

entbot den wackeren Kämpfern, die unter Führung des Generalleutnants v. Hofmann heranrückten, unter dem brausenden Jubel der Bevölkerung den Willkommenstruß. Er sagte u. a.:

Willkommen in der deutschen Republik! Laßt uns in erster Linie der teuren Toten, sowie der Verwundeten und Verwundeten gedenken. Durch Taten wollen wir unserer Dankbarkeit Ausdruck geben. Deshalb wollen wir die Verbesserung der Invalidenfürsorge die erste Tat der neuen Regierung. Die Heimat begrüßt Euch in froher Zuversicht. Kein Feind hat Euch überwunden. (Brausender Beifall.) Offiziere und Mannschaften haben allen Schrecken des Krieges widerstanden, und erhobenen Hauptes dürft Ihr in die Heimat zurückkehren. Im Namen des Volkes nochmals tiefinnigen Dank!

Nach Ebert sprach Oberbürgermeister Vermuth namens der Stadt Berlin: „Ihr vertieft“, so sagte er zum Schluß seiner Rede, „ein Altes und findet ein Neues wieder. Laßt uns vereint um dieses Neue wetteifern, damit wir im redlichen Regen der Kräfte durch den kalten Winter zum lichten Frühling der Freiheit, der Einigkeit und der Verbesserung gelangen.“ Darauf erfolgte der

## Vorbeimarsch über den Pariser Platz

Generalleutnant Lequis abnahm und Generalleutnant v. Hofmann befehligte. Es zogen unter ungeheurem, nicht ausbleibendem Jubel der Bevölkerung vorbei: Garde-Kürassiere, Dragoner 4 und 8, Kürassiere 4, Leibkürassiere aus Breslau und die 11. Husaren (die Krefelder „Langhufaren“). Die gesamte Division trug Stahlhelm und alle Waffen. Rückblickend sei noch erwähnt, daß diese Division besonders ruhmvoll bei Soissons und Cambrai gekämpft hat. Sie kam jetzt aus Vostonne in Luxemburg und ist nördlich Koblenz über den Rhein gegangen. Zuletzt bildete sie den rechten Flügel der 1. Armee. General Lequis war bis zum Waffenstillstand Gouverneur von Metz.

## Die Verteidigung auf die neue Regierung

für die Division erfolgte am Tage vor dem Einzug durch den Volksbeauftragten Ebert in Steglitz, der der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Truppe die Regierung bei der Lösung ihrer schweren Aufgabe unterstützen werde. Die Eidesformel lautete:

Wir geloben, zugleich im Namen der von uns vertretenen Truppenteile, unsere ganze Kraft für die einzige deutsche Republik und ihre provisorische Regierung, den Rat der Volksbeauftragten, einzusetzen.

General Lequis leistete diesen Eid für seine Truppen, ebenso die bei dem Akt anwesende Deputation der Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften aus allen Regimentern. — Am 14. Dezember hält die erste Garde-Infanterie-Division, die bis vor kurzem Prinz Eitel Friedrich hatte, unter Führung des Generals v. Jena ihren Einzug in Berlin.

## Reichsfinanzen und Steuerpolitik.

Eine Rede des Staatssekretärs Schiffer.

Vor den Angehörigen des deutschen Industrie- und Handelstages hielt der Staatssekretär des Reichsschatz-amtes, Schiffer, einen Vortrag über das Thema: „Deutschlands Finanz- und Steuerpolitik“. Der Redner stellte zunächst fest, daß

## unsere Finanzlage unübersehbar

ist. Man hat vergeblich versucht, einen Überblick über den Steuerbedarf des Reiches zu gewinnen. Im Frühjahr ist berechnet worden, daß der Steuerbedarf des Reiches, der Einzelstaaten und Gemeinden etwa 19 Milliarden betrage (etwa 14 Milliarden mehr als im Frieden). Davon entfallen auf das Reich 14 Milliarden. Nun aber sind diese Berechnungen hinfällig geworden, weil wir erstens noch nicht die Forderungen unserer Feinde und zweitens nicht den Umfang des neuen Reiches kennen.

## Alles ist unsicher.

Sicher ist nur der Ruin, wenn es so weiter geht, wie es jetzt getrieben wird; denn wenn das Wirtschaftslieben zer-schlagen wird, so ist der Ausbau des Steuerwesens eine glatte Unmöglichkeit. Gegenwärtig versagt die Arbeit, die allein die Werte schafft, und damit auch der Kredit im Ausland, derort, daß der Bankkredit gefährdet und die Annahme deutscher Wechsel verweigert wird. Wir müssen schleunigst Ruhe und Ordnung, Recht und Gerechtigkeit schaffen, dann ist Hoffnung auf Genesung, denn Deutschlands Volkswirtschaft kann über jede Steuer hinwegkommen. Zurzeit können neue Steuererlässe nicht erlassen werden. Nur

## ein neues Kriegsteuergesetz

wird die großen Kriegsgewinne reiflos erfassen, die kleinen Erparnisse indes schonen. Daneben wird eine starke Vermögensabgabe kommen, die sich nach der Verschiedenheit der Objekte, sowie nach dem Alter und der Arbeitsfähigkeit der Verpflichteten richten wird. Wahrscheinlich wird dabei die Zahlung in Kriegsanleihe zur Pflicht gemacht werden, wie denn auch bei der Steuer-zahlung die Kriegsanleihe eine große Rolle spielen wird. Redner erwähnte in diesem Zusammenhange auch die Möglichkeit der Anpassung der Besitzsteuer an die Vermögensabgabe, den Ausbau der Einkommens- und Er-gänzungssteuer, sowie die Einführung einer Reichs-

einkommensteuer. Im Zusammenhang damit steht der Ausbau der Erbschaftsteuer, die Neuordnung der Verbrauchsteuer und die Schaffung einer Kapitalrentensteuer. Eine

#### Erhöhung der indirekten Steuern

ist natürlich nicht zu vermeiden. In Frage kommt zunächst der Tabak und zwar ist geplant die Zigarettensteuer abzuändern. Weiter wird die Zuckersteuer erhöht, ebenso die Grundstückumsatzsteuer, die zugleich vereinfacht werden soll. Vor allem aber soll die Umsatzsteuer (besonders auf Luxusgegenstände) wesentlich erhöht werden. Aber alle Steuern werden zur Trägung der Lasten nicht ausreichen. Dazu ist vielmehr eine unmittelbare

#### Beteiligung des Reiches am Wirtschaftsleben

notwendig. Die Sozialisierung und Monopolisierung wird schrittweise durchgeführt werden, wobei an eine Beschlagnahme ohne Entschädigung nicht gedacht wird. Als Monopole kommen wahrscheinlich in Frage: Versicherungswesen, Wasserkräfte, Teile der elektrischen Versorgung. Hier und da wird man auch gemischt-wirtschaftliche Unternehmungen bilden, d. h. Syndikate und Kartelle, an deren Reingewinn das Reich beteiligt ist.

Zum Schluß seiner Ausführungen wies der Staatssekretär darauf hin, daß es im Interesse unserer Feinde läge, uns nicht zu vernichten, denn nur ein Schuldner, der die Kraft habe, sich zu entfallen, könne etwas leisten. Auch unsere Feinde müssen schließlich einsehen, daß der Sieg auch dem Sieger Pflichten auferlegt.

## Polnische Rundschau.

### Deutsches Reich.

Die Tagesordnung der NSDAP Deutschlands, die am 16. Dezember in Berlin zusammentrat, weist u. a. folgende Punkte auf: Nationalversammlung oder Räte-System, Sozialisierung des Wirtschaftslebens, Friedensregelung und Wahl des Volksrates der Republik. Ob bei dem letzten Punkt daran gedacht wird, den Volksrat als Dauereinrichtung bestehen zu lassen, ist nicht klar ersichtlich.

Das in gemeinsamer Sitzung abgeschlossene Abkommen zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und dem Volksrat des Berliner NSDAP stellt fest, daß beide Körperschaften demselben Ziele zustreben, dem deutschen Volk die sozialistische Republik zu sichern. Der Rat der Volksbeauftragten hält unbedingt an der durch die Revolution gegebenen Verfassung fest, die ohne Zustimmung des Volksrates der NSDAP nicht abgeändert werden kann. Aus der Stellung des Volksrates ergibt sich das Recht der Kontrolle: dem Rat der Volksbeauftragten liegt die ihm übertragene Exekutive ob. Beide Institutionen sind überzeugt, daß ihre Tätigkeit nur durch vertrauensvolles Zusammenarbeiten ersprießlich ausgeübt werden kann.

In der letzten Sitzung der Sozialisierungs-Kommission wurden Anfragen über die Aufhebung der durch die Kriegswirtschaft eingerichteten Zwangsindukate, über Auflösung der Kriegsgesellschaften und über damit zusammenhängende Aufgaben des Wirtschaftslebens gestellt. Hinsichtlich der Fragen der Kriegsgesellschaften und der Zwangsindukate konnte der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts mitteilen, daß die Regierung nicht daran denke, diese Zwangsgesellschaften, soweit sie sich nicht durch den Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen von selbst ausschalten, vorzeitig und ohne Grund aufzulösen.

In seiner letzten Nummer wendet sich der Vorwärts scharf gegen den preussischen Kultusminister Adolf Hoffmann. Dieser hatte in einer Versammlung der Unabhängigen Sozialdemokraten am letzten Sonntag gesagt, wenn die Wahlen zur Nationalversammlung reaktionär ausfielen, dann würde nichts anderes übrig bleiben, als die konstituierende Nationalversammlung nach russischem Muster mit Gewalt auseinanderzujaagen. In dieser Auslassung meint der Vorwärts: Wir müssen dazu erklären, daß wir nicht imstande sind, die Ausrufung des Ministers zu bedenken, daß wir vielmehr genötigt sind, sie völlig preiszugeben. Wir betrachten jeden Versuch, sich gegen den Willen des Volkes aufzulehnen, als verbrecherisch und halten die Anwendung jedes Mittels zu seiner Abwehr für geboten. Wir halten die Auffassung des Ministers Adolf Hoffmann aber nicht nur für grundfalsch verwerflich, sondern auch für dumm. Denn die Deutschen sind keine Russen, und sie würden nicht dulden, daß man ihre rechtmäßig gewählte Vertretung mit Bajonetten auseinanderjagt. — Die Deutsche Tageszeitung bemerkt in gleicher Sache: Der preussische „Kultusminister“, der in diesem Zusammenhang noch ausdrücklich von Vorkriegszeiten sprach, hat damit im voraus zu hochverräterischen Handlungen gegen das Volk und den Volkswillen aufgefordert. Wir richten die Anfrage an die Revolutionsregierung, wie lange sie einen solchen Mann noch in ihrer Mitte zu dulden gedenkt?

In einem Zeitungsartikel tritt der frühere Staatssekretär des Reichsernährungsamts und jetzige Oberpräsident von Ostpreußen v. Batocki für eine Auflösung des jetzigen preussischen Staates ein. Der preussische Staat als solcher habe keine Daseinsberechtigung mehr, er würde vielmehr die Einheit und Geschlossenheit des Deutschen Reiches fördern können. Im Bau des Deutschen Reiches sei Preußen mit seinen auf drei Fünftel des Reichsgebietes sich erstreckenden Aufgaben stets ein Fremdkörper gewesen. Bestrebungen, Rheinland von Preußen abzutrennen und zum selbständigen, mit Bayern usw. gleichberechtigten Glied des Deutschen Reiches zu machen, seien also sachlich voll berechtigt. Sie werden ohne Zweifel bei den anderen selbständigen preussischen Kultur- und Wirtschaftsgebieten Nachahmung finden. Wenn gleichzeitig lebensunfähige Kleinstaaten verschwinden, so würde sich daraus das Bild von 10 bis 15 durch das feste Band des Reiches eng verbundenen, aber trotzdem von eigenem volkswirtschaftlichem und kulturellem Leben erfüllten deutschen Gaue bieten.

Die Regierung plant, dem Vernehmen nach, eine große allgemeine Volksfeier der Revolution am 1. Januar. Es sollen in den Straßen festliche Umzüge, auf allen Plätzen Militärkonzerte, in den Theatern spanische, in den Sälen musikalische Veranstaltungen mit Ansprachen stattfinden. Die Darstellungen sollen keinen parteipolitischen Charakter tragen.

Der Volksrat der Berliner NSDAP hatte beauftragt Vertreter der russischen Sowjetregierung zur Tagung der deutschen NSDAP am 16. Dezember nach Berlin einzuladen, obwohl die Regierung die Beziehungen zur Sowjetregierung abgebrochen hat. Das Kabinett der Volksbeauftragten hat über die Angelegenheit beraten. Es entschloß sich, den Russen nicht geradezu den Zutritt zu

unterlagen, richtete aber an sie die Bitte, von dem Besuch abzusehen. Die russische Sowjetabordnung, die sich bereits an der Grenze eingefunden hatte, dürfte nun unverzüglich nach Moskau zurückkehren.

Das Kriegsministerium hat strenge Maßregeln gegen die Verschleuderung von Gewehrgewehren erlassen. Alle Kommandobehörden und NSDAP werden dringend ersucht, diesem unrechtmäßigen Verkauf mit allen Mitteln entgegenzutreten. Die unberechtigten Verkäufer und Käufer von Staatseigentum werden sich schwerer Bestrafung aussetzen.

Über die Verwendung der russischen Botschaftsgelder in Berlin, die der russische Botschafter Joffe verteilt hat, gibt dieser selbst näheren Aufschluß in einem Telegramm, in dem er sagt, daß die Gelder dem jetzigen Minister Barth übergeben worden seien zum Ankauf von Waffen. Es seien zudem nicht bloß 105 000 Mark, sondern mehrere hunderttausend Mark gewesen, die er an Barth gezahlt hätte. Joffe schließt sein Telegramm mit den Worten: „Indem ich das feststellen möchte, rühme ich mich, durch diese meine Tätigkeit, die im Einverständnis mit den unabhängigen Ministern Haase, Barth und anderen geschah, auch für meine Verurteilung zum Siege der deutschen Revolution nach Kräften mitgewirkt zu haben.“ Soweit das Mitglied der Reichsregierung Haase in Betracht kommt, erklärt dieser die Angaben Joffes für falsch.

Die in Mülheim (Ruhr) erfolgte Verhaftung von Thyffens und Stinnes und anderer rheinischer Großindustrieller durch den dortigen NSDAP geschah wegen angeblichen Landesverrats, der darin erblickt wird, daß diese in Dortmund eine Versammlung abgehalten hätten, in der Thyffens gelagt hätte, man müsse unbedingt die Ententetruppen ins Land rufen, um Ordnung zu schaffen. Die Verhafteten bestreiten, daß diese Versammlung überhaupt stattgefunden hat, sie wurden aber trotzdem nach Berlin gebracht, wo im Justizministerium über die Angelegenheit beraten wird. Dort ist man, wie verlautet, zu dem Ergebnis gelangt, der Verdacht sei unbegründet, so daß die Entlassung der Verhafteten bald erfolgen dürfte.

Die Wiener Behauptung von der Behinderung von Zufuhren nach Deutsch-Schlesien durch die bayerische Regierung ist nicht zutreffend, wie letztere erklärt: Weder eine solche noch eine ähnliche Zuzunahme ist jemals an die Adresse der bayerischen Regierung gelangt und würde von ihr auch nicht angenommen werden. Die weitere Behauptung, daß Kohlenvorräte, die für Deutsch-Osterreich bestimmt waren, in München und Lindau beschlagnahmt worden seien, trifft, soweit es sich um München handelt, nicht zu.

Nunmehr ist endlich eine Abereinunft betreffend den Güterverkehr nach Schweden zwischen der schwedischen Eisenbahndirektion und der beteiligten Ententekommission in Stockholm zustande gekommen. Nach dieser Abereinunft werden von Deutschland nach Schweden bestimmte Waren, hauptsächlich Rohstoffe, befördert, während Ausfuhrerzeugnisse für diejenigen Waren, welche in Trelleborg ankommen, um nach Deutschland befördert zu werden, jeden Tag ausgegeben werden.

Über die Mißstimmung in der Beamtenschaft ließ sich der Schöneberger Oberbürgermeister Dominicus in einer Versammlung der Staats- und Gemeindebeamten Groß-Berlins näher aus und wandte sich gegen den Geist des Mißtrauens und des Hasses, von dem die pflichttreuen auf dem Posten gebliebenen deutsche Beamtenschaft in Stadt und Staat von den ihr beigeordneten oder vorgelegten Machthabern verfolgt und beargwöhnt werde. Sie, die neue sozialistische Volksregierung, die doch einen Fortschritt gegen das alte System bedeuten sollte, kontrolliere alles in Grund und Boden. Redner befürchtet, daß man die Beamtenschaft eines Tages überhaupt aus dem Dienste entlassen werde.

Der beste Beweis für die gefährliche Lebensmittelnappheit in Deutschland ist der, daß, wie aus Norwegen gemeldet wird, alle neutralen Besandtschaften ihren Landesleuten eindringlich angeraten haben, sobald als möglich Deutschland zu verlassen und in die Heimat zurückzukehren, um der drohenden Hungersnot zu entgehen. Die Verschlechterung der Ernährungsmöglichkeiten in Deutschland wird hauptsächlich auf die Waffenstillstandsbedingungen zurückgeführt.

Die Zahl der Toten und Verwundeten in Berlin bei dem Zusammenstoß am Freitag voriger Woche beläuft sich nach den bisherigen Feststellungen auf 15 Tote und 31 Schwerverwundete. Ob damit die Zahl der Opfer erschöpft ist, steht noch aus, da vielleicht zahlreiche Leichtverletzte sich nicht gemeldet haben.

Für eine öffentliche Brandmarkung der Desertente hat sich der Soldatenrat in Riga ausgesprochen. Dieser Soldatenrat erklärt: „Der Zentralsoldatenrat der 3. Armee Riga meldet alle Desertente und Soldaten, die eigenmächtig den Osten verlassen, dem Vertreter bei der Regierung, damit die Namen in den Heimatzeitungen veröffentlicht und die Leute mit dem Brandmal der Feigheit und Verräterei versehen werden. Von den Arbeitsnachweisstellen sollen solche „Lumpen als unwürdig ausgeschlossen werden“.

### Schweden.

Die Regierung hat den Abbruch der Beziehungen zu Rußland angeordnet, da die Sowjetregierung das ihren Vertretern zugestandene Recht, Kuriers abzusenden, mißbraucht, indem sie bolschewistische Propagandaliteratur in verschiedenen Sprachen zur Verbreitung in verschiedenen Ländern befördert. Die russischen Vertreter sollen Schweden sofort verlassen.

### Rußland.

Die Londoner „Daily Mail“ meldet aus Montreal: Der Gesandte der allrussischen demokratischen Regierung in Dnisk, Brins Swow, glaubt, daß der Sturz der Bolschewiki-Regierung unmittelbar bevorstehe. Brins Swow, Baron Korff und Smolski kehren nach Abschluß einer Anleihe von 1/4 Millionen Pfund Sterling in Washington nach Sibirien zurück. In Washington herrsche große Sympathie für die Errichtung der Vereinigten Staaten von Rußland mit Petersburg als Hauptstadt.

### Amerika.

Wie wenig man ernsthaft an ein Abrücken denkt, zeigt die Flottenverfälschung der Vereinigten Staaten. Der Marineminister Daniels erklärt nämlich in seinem Jahresbericht, er hoffe zwar, daß die Zeit des Wettrüstens bald vorbei sein werde, empfehle aber doch die Durchführung des angekündigten Programms. Im letzten Jahre wurde die amerikanische Marine um 2 Schlachtschiffe, 36 Zerstörer, 28 U-Boote, 355 U-Bootsjäger und 13 Minenboote vermehrt. Gegenwärtig stehen 406 Schiffe im Dienst.

## Aus In- und Ausland.

Berlin, 9. Dez. Das Rücktrittsgesuch des spanischen Botschafters, Pato de Barnabe, ist von der Madrider Regierung genehmigt worden.

Berlin, 9. Dez. Der Berliner Volksrat hat an die russische Regierung einen Antrag gerichtet, in dem er u. a. nochmals seine Freude über das angefangene Einleiten der russischen Delegation zur Tagung der deutschen NSDAP auspricht. Die Reichsregierung hat befanntlich die Beziehung zur Sowjetregierung abgebrochen.

Stuttgart, 9. Dez. Auf der Tagung der Arbeiterräte Württembergs wurde ein Antrag auf Frühverlegung der Wahltermine für die Reichs- und Nationalversammlungen (möglichst in die erste Hälfte Januar) mit großer Stimmenmehrheit angenommen.

München, 9. Dez. Die Regierung gibt bekannt, daß die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit bestimmten Truppen angewiesen wurden, erforderlichenfalls von der Waffe Gebrauch zu machen.

Hamburg, 9. Dez. Auch hier will man einer Gegenrevolution auf die Spur gekommen sein, die einen Putsch inszenieren wollte.

Kiel, 9. Dez. Der oberste Soldatenrat der Offizierskorporation gibt bekannt: Aus der Presse und anderen Mitteilungen ist ersichtlich, daß ehemalige Angehörige der Marine im Inlande in einer jeder Geltung höhnlingsprechenden Weise auftreten. Die Kieler Matrosen sprechen diesen Elementen ihren tiefsten Abscheu aus.

Rostock, 9. Dez. Wie aus Riga berichtet wird, ist der Abtransport des aus 150 000 Mann und 53 000 Pferden bestehenden Ostheeres mit großen Schwierigkeiten verbunden, da vor allem die nötigen Transportmittel fehlen.

Berlin, 10. Dez. Aus den Mitteilungen der Vertreter der Alliierten bei der Waffenstillstandskommission geht hervor, daß die Abfertigung der Schutztruppe des Generals v. Lettow-Vorbeck auf englischen Schiffen und die Ausschiffung voraussichtlich in Rotterdam erfolgen soll.

Berlin, 10. Dez. Der Volksbeauftragte Barth erklärt, die Behauptung des ehemaligen russischen Botschafters Joffe in Berlin, Barth habe von ihm Geld, Waffen und Munition für revolutionäre Zwecke erhalten, sei un wahr. Barth hat nach seiner Aussage nur Geld von deutschen Genossen erhalten.

München, 10. Dez. Das Ministerium des Innern hat gestern die Wahlordnung für den bayerischen Landtag veröffentlicht. Danach finden die Wahlen am 12. Januar 1919 statt. Das Wahlrecht ist allgemein, gleich, geheim und unmittelbar. Es wird nach der Verhältniswahl gewählt, so daß das ganze Land einen Wahlkreis bildet.

Chemnitz, 10. Dez. Bei den gestrigen Wahlen zum NSDAP im Industriebezirk Chemnitz wurden nach den bisher vorliegenden Ergebnissen für die Mehrheitssozialisten 78 500 und für die Unabhängigen 6000 Stimmen abgegeben. Einige Teilergebnisse stehen noch aus, jedoch steht der überwältigende Sieg der Mehrheitssozialisten fest.

Strasburg, 10. Dez. Poincaré ist in Begleitung von Clemenceau, Dubost und Deschanel hier eingetroffen. Bei einer Rede von der Rathausstrasse behauptete Poincaré, die Volksabstimmung für Frankreich sei bereits (durch den Empfang) vollzogen.

Hamburg, 10. Dez. Wie das Hamburger Echo aus guter Quelle erfährt, darf mit Sicherheit angenommen werden, daß die Wahlen zur Nationalversammlung nicht Mitte Februar, sondern in der zweiten Hälfte des Januar stattfinden werden.

London, 10. Dez. Amtlich wird mitgeteilt, daß die Koalitionsregierung mit der endgültigen Absicht zur Friedenskonferenz gehen wird, dort die Aufhebung der Militärpflicht in ganz Europa vorzuschlagen. In einer Ansprache sagte Bonar Law, es dürfe in Europa keine großen Deere mehr geben.

Basel, 10. Dez. Die Rote der Alliierten, die, wie bekannt, an Deutschland zur Abschaffung des NSDAP gefandt werden soll, stellt angeblich eine vierwöchige Frist zur Wiedereinführung der rechtmäßigen Behörden.

Lemberg. Die Stadt ist von allen Seiten von ukrainischen Streitkräften umzingelt. Es herrscht Hungersnot. Der Fall der Stadt Lemberg wird ständig erwartet.

## Berschiedenes.

Die Vergessenen. Noch vor wenigen Monaten, als andere Truppen von Sieg zu Sieg marschierten und ein edler Regen von Orden und Ehrenzeichen auf Militär- und Zivilpersonen herniederströmte, war es ein Sport vornehmer Damen, die Kranke zu besuchen, sie zu stützen und ihre reichen Gaben — Blumen, Schokolade, Unterhaltungsspiele, Früchte, Zigaretten und Zigarren — über die Verwundeten und Kranken auszuwickeln. Schauspieler und Sänger, ja sogar Männer- und Frauenchöre der Gesangsvereine, besuchten die Krankensäle, um die Kranken und Verwundeten zu ermuntern, sie durch die Teilnahme an ihrem Schicksal zu trösten. Das ist jetzt überwunden wie die Mode von gestern — man spricht nicht mehr davon. „Jetzt kommt niemand mehr“, klagen die Krankenschwestern, und während man den heimkehrenden Truppen Triumpfpforten baut, denkt niemand der Unglücklichen in den Lazareten. Brauchen denn die Verwundeten, die Kranken der letzten Kriegsjahre weniger Zuspruch und Ermunterung wie die ersten? Diese armen Jungen sind doch ebenso durstig nach einer erquickenden Frucht, einem fremdbildlichen Wort. Sind sie unseres Dankes nicht minder würdig, wie jene, die mit Blumen geschmückt und mit gesunden Gliedern heimkehrten? Wie viele haben im Kriege geschweigt, ohne der Brüder zu denken, die sich da draußen in Not und Kampf für das Vaterland opferten! Wie viele haben 100 Mark für eine Gans, 300 Mark und mehr für einen Schinken bezahlt und alles behaglich selbst verzehrt, während die endlosen Lazarettzüge Tausende und wieder Tausende in die Krankensäle beförderten. Mit lauter Stimme hat die Revolution den Schlemmern und Brassern das Wort „Brüderlichkeit“ zugerufen, sie daran gemahnt, wie unsicher das Leben, wie schnell vergänglich jeder Besitz ist. Vielleicht erinnern sich die Wohlhabenden nun daran, daß die Pflege der Kranken und Verwundeten nicht nur eine reizende Mode gewesen, sondern auch jetzt noch eine ernste Pflicht ist.

Arbeiten und Zusammenarbeiten. Allenhalben im Lande macht sich in diesen Tagen ein Sinken des Arbeitseifers, ein Rückgang der Arbeitsleistung bemerkbar. Das ist begreiflich, aber es darf nicht sein. Wir dürfen nicht weniger arbeiten als früher, denn wir haben weit mehr zu leisten — rasch zu leisten. Die Wirtschaft, das heißt die Versorgung des Volkes mit dem, was es zum Leben dringend braucht, aufrechtzuerhalten, umzustellen, teilweise neu aufzubauen, wir haben all' die Arbeit zu tun, die die Durchführung der erdrückenden feindlichen Waffenstillstandsbedingungen uns auferlegt, wir haben dafür zu sorgen, daß die Millionen fast auf einmal beim lebenden Krieger Unterfunkt, Wärme, Licht, Kleidung, Nahrung, produktive Arbeit finden. Zeigen wir uns diesen Anforderungen nicht gewachsen, dann gehen wir zugrunde. Aber nicht nur arbeiten müssen wir, sondern planvoll.

einheitlich, diszipliniert zusammenarbeiten. Jeder Arbeiter, jeder örtliche Betrieb ist ein Nädchen an der Maschine unserer Wirtschaft. Wer ein Nädchen abstellt oder in Unordnung bringt, trägt die Verantwortung, wenn ein Teil, wenn schließlich die ganze Maschine ins Stocken gerät. Der gute Wille, der sehr oft bei dem einzelnen Sonderingriffe maßgebend sein mag, nützt nichts, wenn das Ganze durch ihn unheilbaren Schaden leidet. Jeder Arbeiterrat, ja jeder einzelne Arbeiter muß heute wissen, daß er durch sein Handeln oder Unterlassen mit die Verantwortung trägt für Erhaltung oder Ruin der Volksgesamtheit. Jeder darf nur das tun, und muß das tun, was allen seinen Arbeitsgenossen und Volksgenossen über diese unendlich schwere Zeit hinweghilft. Undisziplinierte Eigenmächtigkeit und Eigenbrödelerei ist der Ruin; Zusammenarbeit ist die Rettung.

### Aus Stadt und Land.

—\* Gerappelt voll waren gestern abend Hegenbarths Säle. Und das war kein Wunder: das Theater der Feldgrauen war da! Diesmal beglückte uns die General-Kommando-Einrichtung durch die erst kürzlich eingerichtete Operetten-Abteilung mit ihrem Besuch. Die musikalische Leitung hat Offa, Stello, Kapellmeister Ernst Buch. Er ist ein Künstler am Klavier. In

der Ouvertüre sowohl als auch in der feinsinnigen Begleitung bewies er dies. Er ist gewissermaßen das Rückgrat für die darstellenden Künstler. Von diesen sei zuerst der Sergeant Richter genannt, welcher als „gutmüthiger“ Bauernbub sich im Renkerchen Singpiel „Trau, schau, wem“ innig gab und auch in der Offenbach'schen Operette „Dorothea“ ein schlächternes und doch gelährtes Schulmeisterlein darstellte. Seine Partnerin — Erna Maria Herweilly — war ebenfalls sehr nett und wohl zu leiden als Rosel und schmuck und sauber als begehrenswerte Bäuerin. Die kurze Rolle als Bäuble führte Annemio Wiesenbacher frisch und frisch durch. Grenadier Wittig war ein berber Huberbauer, der trotzdem seelisch geknüttelt sein konnte und aber auch kräftig und das Publikum ansteckend lachen konnte. Als Amtschreiber trug der Schütze Lehmann etwas dick auf. Seine dumm-komische Maske reizte ebenfalls das Zwerchfell. Und zum Schluß kommt — nicht etwa die Hefe, nein! — Einj. Freiw. Grenadier Kämmel. Ihm fiel im ersten Stück die schwere Rolle des Intriganten (Steffen, der Dorfbar) zu. Diese war sehr gut durchgearbeitet. Er war die Verkörperung des Titels „Trau, schau, wem!“ Und in „Dorothea“ konnte er als vierschrötiger Manenwachmeister Peter u. a. auch seine stimmliche Begabung

zur Entfaltung bringen, was überdies von Serg. Richter als Bauer Hans ebenfalls gelagt sein muß. Samma: die Solis, Duets, Trios und sonstigen Gesamtgefüge kamen gut zur Geltung. Wollen wir hoffen, daß wir die Künstler in hoffentlich baldigen Friedenszeiten wieder zu hören bekommen, denn wie wir erfahren, soll die Einrichtung in diese mit hinübergerettet werden (trotzdem es nicht zu den Friedensbedingungen gehört!); sie sollen uns auch dann willkommen sein.

Vanzen. Ein Schadenfeuer äscherte das Modellhaus der Esenglezerel und Maschinenfabrik, A. O., ein. Die in ihm befindlichen Materialien wurden vernichtet. Den Feuerwehren gelang es, den halbfertigen Neubau zu retten. Leipzig. Der Protektor der Universität Leipzig Geh. Rat Prof. D. Mittel gibt durch Anschlag am Schwarzen Brett den Studierenden bekannt: Ich habe gegenüber dem grundlosen militärischen Einschreiten gegen die Universität und einen Studierenden am Mittwoch abend schärfsten Protest beim Ministerium eingereicht und um Schutz gebeten. Ich bitte ind. nichts zu unternehmen, was irgendeiner Seite Vorwand zu weiterem Vorgehen bieten könnte. — Wie verlautet, hat der Arbeiter- und Soldatenrat beschlossen, das königliche Palais in der Goethestraße als Lazarett einzurichten.

### Dank.

Beim Helmgange meiner teuren, unvergesslichen, lieben Gattin und treusorgenden Mutter unseres einzigen Kindes, guten Tochter, Schwester, Schwägerin u. Tante, Frau

## Lina Frieda Hempel

geb. Langert,

sind uns von allen Verwandten, Freunden und Bekannten so überaus viel Beweise herzlicher Teilnahme an unserem Schmerz durch Wort und Schrift, sowie Blumen Spenden und Begleitung zur letzten Ruhestätte zuteil geworden, daß es uns nur hierdurch möglich ist, allen unseren tiefgefühltesten Dank auszusprechen. Auch herzlichsten Dank Herrn Dr. med. Leuthner für seine Bemühungen, mir meine liebe Gattin am Leben zu erhalten. Besonderen Dank Herrn Lehrer Rothe mit seinen Schülern für die erhebenden Gesänge.

Wir aber, liebe Gattin und Mutter, rufen wir ein inniges „Habe Dank!“ und „Ruhe sanft!“ in Dein allgütiges Grab nach.

Postelwitz, am Begräbnistage.

Der tieftrauernde Gatte  
nebst Töchtern,  
Mutter, Schwester und allen Angehörigen.

### Statt Karten!

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim Helmgange unseres lieben Entschlafenen

## Arthur Doft

sagen wir allen nur hierdurch unseren herzlichsten, innigsten Dank.

Schandau, den 11. Dezember 1918.

Die trauernden Hinterbliebenen.

## Buch-Romane

zum Einbinden

werden stets angenommen in der  
Sächsischen Elbzeitung.

## Empfehlenswerte Festgeschenke!

Parfümerien — feinste deutsche Marken —  
in Fl. von M. 1.50 bis M. 25.—

Toilette-Spiegel,

Toilette-Artikel soweit Vorrat.

Haarwässer  
Mundwässer  
Rasier-Apparate

„ Messer

„ Pinsel

„ Seifen

„ Cremes

Rämme

— Nagelpflege-Artikel

Kopf- Bürsten

Hand

„ Nagel-

„ Zahn-

„ Hut-

Urak, Cognak, Rum — in diversen  
Flaschen-Größen,  
Rot- u. Weißwein, Punsch-Essenz,  
Zigaretten, diverse Preislagen von 6 Fig. an,  
Bonbons, ein beschränktes Quantum,

Auslands-Seifen für Toilette und Haushalt.

Da von allen Waren nur beschränkte Mengen  
verfügbar sind, empfiehlt sich baldige Besorgung.

Flora-Drogerie, Bad Schandau.

Trauerbriefe und Trauerkarten fertigt schnell an  
Druckerei d. Ztg.

## Gemischt. Kirchenchor

Freitag im Turm-  
zimmer: Damen 1/2 8,  
Herren 8 Uhr.



Dresden  
Scheffelstr.  
ist die richtige  
Quelle für  
Sirauben-  
Federn.

Prima belte „Atama“-Straußfedern  
kosten: 30 cm lang 3 M., 35 cm 4 M.,  
40 cm 5 M., 45 cm 6 M., 45 cm 8 M.,  
47 cm 10 M., 50 cm 12 M., 52 cm 15 M.,  
55 cm 18 M., 60 cm 25 M. —  
„Atama“-Eidelstraußfedern  
kosten: 30 cm 9 M., 35 cm 12 M.,  
40 cm 15 M., 45 cm 25 M., 50 cm  
30 M., 55 cm 42 M., 60 cm 48 M.  
Schmale Straußfedern, nur ca. 10 cm  
breit, kosten ca. 20 cm lang 30 Fig.,  
34 cm 50 Fig., 40 cm 1 M. — 15 bis  
18 cm breite Federn kosten ca. 1/2 m  
lang 3 M., alles echt Strauß, hutfertig.  
— Reiter, echt und imitiert, 1 M.,  
2 M., 3 M. bis 300 M. — Blumen-  
ranken, Eichen-, Wein- u. Lorbeer-  
ranken in Grün, Silber und Gold,  
Vasenblumen, Gold- und Silber-  
myrthenkränze usw. Preisliste frei.

## Lehrling

sucht für Ostern  
Carl Cammerer,  
Klempnermeister.

## Waldbestand

in jeder Größe  
zu kaufen gesucht.  
Ausf. Offerten unter „Holz“  
an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

## Kaufe sofort Hausgrundstück

(ev. m. Mobiliar) Obst- u. Ge-  
müsegarten (ev. Feld) in guter  
Waldblage. Sächs. Schweiz be-  
vorzugt. Ausführliche Offerten über  
Größe, Preis, Anzahlung usw. unter  
N. N. an die Geschäftsstelle dieser  
Zeitung erbeten.

## Gut

mit etwas Holzbestand  
zu kaufen gesucht.  
Ausf. Off. Angeb. unter „Wirt-  
schaft“ an die Sächsische Elbzeitung.

## Zu verkaufen:

1 gutes Sofa, 2 Küchensofas,  
1 Trumeau, 1 Bettstelle mit  
Matratze, 1 Vertiko,  
1 Herren-Sweater (neu),  
1 Ueberzieher, 1 Stuhl mit  
Plüschkissen z. Zusammenklappen,  
bei Tapezierer Starke,  
Schandau, Postplatz 150.

Hellblaue Steppdecke, f.  
Kinderbett, Babywäsche,  
Zinkzuber, Teppich-Maschine,  
Zinkbalkonkästen, Balkontisch,  
Federkopfkissen,  
gelbe Kaffeedecke

zu verkaufen.  
Zu erfragen in der Sächs. Elbztg.

Allen lieben Bekannten von Schandau und Umgegend bei  
meinem heutigen Abschied ein

herzliches Lebewohl!

Raue, Sergeant.

Wegen Lichtersparnis findet

der Fleischverkauf  
im Schlachtbezirk Schandau nur  
Sonnabends von 8—1 Uhr  
und 2—5 Uhr statt.

Wir bitten unsere werte Kundschaft, diese Stunden  
pünktlich einzuhalten.

Die Fleischereien zu Schandau, Wendischfähre,  
Rathmannsdorf, Porsdorf, Hohnstein, Krippen,  
Reinhardtisdorf und Schöna.

## Hegenbarths Säle

Sonnabend, den 14. Dezember:

In 2 Vorstellungen 2. großes Gastspiel  
Abdul Minx-Murey,

der beliebte Zauberhünstler mit seiner Illusions-  
6 Personen. Gesellschaft 6 Personen.  
und einem vollständig neuen Programm.

Murey bringt u. a. eine aller-  
liebste Ueberraschung und zwar die

Prinz Kolibri-Truppe,

die 3 kleinsten entzückendsten Akrobaten der  
Welt (50 und 60 Zentimeter groß).

Die Lieblinge des Publikums.

Preise wie bekannt. Vorverk. im Zigarren-  
geschäft von Schönherr.

Sonnabend nachm. 4 Uhr:

Einmalige Kindervorstellung.

## Weihnachtsbitte.

Trotz erster Zeit geht die Welt ihren Lauf.

Weihnachten, das Fest der Freude und Liebe, wo alle Sorgen  
abgelegt werden möchten, steht vor der Tür.

Auch wir wollen unseren Verwundeten und Kranken  
an diesem Tage Freude bringen. Hierzu bedürfen wir aber  
der Unterstützung unserer Freunde und Gönner, welche wir herzlichst  
bitten, uns Gaben in brauchbaren Gegenstände oder Geld-  
spenden zur Verteilung zukommen zu lassen.

Allen Gubern innigsten Dank.

Oberschwester Elise im Krankenhaus nimmt Gaben gern ent-  
gegen.

Vereinslazarett.

Dr. Lange.

Krankenhaus.

Stadtrat Engelmann.

## Eine Nähmaschine

— neu —  
zu verkaufen  
Poststraße 143, 2 Tr.

## Zu verkaufen:

Stirn 50—60 Meter alte

## Gasrohre

mit Gewinden und Muffen (versch.  
Weiten), sowie 1 noch gut funktionierende

## Saug- und Druckpumpe.

Rathmannsdorf-Plan 62.

## Sofort verkäuflich:

Kinderbett., Tisch, Regulator,  
Bienenwölker usw. — Das ist eine

## Wohnung zu vermieten.

Sandrick, Ostau, Wartburg Nr. 42,  
neben elektrischem Werte.

## Haus-Ordnungen

hält vorrätig die Geschäfts-  
stelle der Sächs. Elbzeitung.

Der rote Sonntag in Berlin.

dt. Berlin, 9. Dezember.

Ein grauer nasser Dezembertag! Fast unaufhörlich rieselte ein feiner Sprühregen hernieder, ein Wetter, bei dem man, wie es im Volksmunde heißt, „keinen Hund hinausjagt“. Aber der Ruf der Mehrheitssozialisten, der Unabhängigen und der Spartakusleute war dennoch nicht ungehört verhallt. Tausende und aber Tausende strömten in die Versammlungshäuser, bevölkerten die Straßen und stauten sich auf den großen Plätzen innerhalb und außerhalb der Stadt, wo Ansprachen gehalten wurden. Mit großer Besorgnis hatten weite Kreise der Kraftprobe entgegengekehrt, die am gefrigen Sonntag die drei um die Macht kämpfenden sozialistischen Gruppen ablegen wollten, denn man hielt neues Blutvergießen angeht, die Regierung der Weisheit, die gefestigt von den Spartakusleuten immer auf neue geheizt wird, für unvermeidlich. Aber es floß kein Blut. Nur Regen und immer wieder Regen. Der Gedanke ist schier unerträglich, daß der friedliche Verlauf dieses gefährdeten Sonntags dem Zufall des Wetters zu verdanken ist.

Gegen die Spartakusleute.

Die Versammlungen nahmen den üblichen Verlauf. In 13 Sälen der verschiedensten Stadtteile sprachen die Redner der Mehrheitssozialisten. Am bemerkenswertesten sind wohl die Ausführungen Scheidemanns, der sich scharf gegen die Machenschaften der Spartakusleute wandte. Eine proletarische Regierung könne keine Maschinengewehre spielen lassen, wenn es aber so weiter gehe, daß die Regierung, hinter der 90 % des Volkes ständen, lahmgelegt wird durch eine kleine Clique, so mache er nicht mehr mit. Die Teilnehmer der einzelnen Versammlungen zogen dann zum Lustgarten, wo Volksbeauftragter Ebert vor der Masse, die auf etwa 20 000 bis 30 000 Köpfe geschätzt werden muß, eine Ansprache hielt. Auch er wandte sich gegen die Spartakusleute, warnte vor Gewalt, die immer Reaktion schaffe, und trat für die sozialdemokratische Forderung nach Frieden, Freiheit und Brot ein. Nach kurzen Ansprachen anderer Redner zerstreute sich die Menge in musterhafter Ordnung.

Die Unabhängigen

hielten ihre Versammlungen unter freiem Himmel ab. Die Redner erklärten, daß die Unabhängigen wohl oder übel mit den Mehrheitssozialisten zusammen arbeiten müßten, da diese sonst eine Regierung gemeinsam mit Bürgerlichen bilden würden. Es wurde im übrigen weidlich auf die Scheidemannsche geschimpft und besonders der Gedanke bekämpft, die Nationalversammlung noch vor dem 16. Februar einzuberufen. Während Adolf Hofmann meinte, die Konstituante müsse auseinandergelegt werden, falls sie eine bürgerliche Mehrheit erbe, erklärte Ströbel, man müsse mit der Tatsache rechnen, daß hinter Ebert und Scheidemann die ungeheure Mehrheit des Proletariats stände. Die Unabhängigen begaben sich nach Schluß ihrer Versammlungen nach Treptow, wo auf der großen Spielwiese Liebknecht und Rosa Luxemburg ihre Anhängerschaft versammelt hatten.

Liebknecht gegen Hindenburg.

In der Versammlung der Spartakusleute ging es natürlich am lebhaftesten zu. Karl Liebknecht forderte in einer flammenden Anklagerede gegen Ebert und Scheidemann die sofortige Entlassung und Verhaftung Hindenburgs, er rief auf zum Sturz der Regierung, zur Bewaffnung der Arbeiter und zur Bildung einer Roten Garde. Zum Schluß stellte er die aus den Fingern gegogene Behauptung auf, die deutsche Regierung halte die deutschen Truppen im Osten im Einverständnis mit der Entente nur fest, um die Russen in Schwach zu halten, bis die Entente truppen kämen.

Die Note Rabne stellt fest, daß dieser Treptower Demonstration 150 000 Menschen beigewohnt hätten. Der Zug wäre also — wie jeder Soldat weiß — etwa 30 bis 40 Kilometer lang gewesen. In Wahrheit handelt es sich um etwa 6000 Mann, die dann in die Stadt zogen, wo es vor der Reichskanzlei zu wüsten Radauszenen kam, die Wache wurde geprügelt und ihr die Maschinengewehre weggenommen. Einer der Maschinenführer wurde erheblich verletzt und von den Spartakusleuten — vollständig ausgeraubt. Hinter der idealen Begeisterung der Spartakusleute verbergen sich also sehr reale Ziele.

Hier wie da gab es im Laufe des Tages noch einen kleinen Väm und man merkte manchen jungen Leuten förmlich an, daß sie, da alles ruhig verlief, um ihr eigentliches Vergnügen gekommen seien. Im Circus Busch tagten am Abend die Banbeamten, die lebhaft gegen den Redner Barth von der Regierung protestierten, als er erklärte, die Spartakusgruppe denke nicht daran, die Ruhe zu stören.

Von der Bürgerschaft, von den Soldaten, von der Regierung wird also einmütig anerkannt, die Spartakus-Antriebe seien eine schwere innere Gefahr. Und gleichwohl kann niemand einen Entschluß fassen, diese Gefahr zu bannen?

Liebknecht im Urteil seiner Frontkameraden.

Der Soldatenrat der 5. Kompanie des Armerungs-Bataillons 102, der Liebknecht früher angehörte, nimmt öffentlich gegen diesen Stellung und erklärt u. a.: „Wir bekämpfen seine jegliche verbrecherische Tätigkeit auf das Schärfste. Wie ein Mann stehen wir hinter der jetzigen Regierung und Liebknecht wird seine Kameraden, von denen er weiß, daß sie auch im Schützengraben ihren Mann standen, unter seinen gefährlichsten Gegnern finden. Zu hoch steht uns das erreichte Ziel, als daß zerrüttete Nerven und persönliches Mitleidgefühl eines einzelnen das löbliche Gut der Freiheit gefährden dürfen.“

Republikanische Soldatenwehr.

Die Truppenansammlungen vor der Hauptstadt. Berlin, 9. Dezember.

Die vom Kriegsministerium verfügte Aufstellung einer republikanischen Soldatenwehr von 10 000 Mann für Berlin ist lediglich zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung bestimmt.

Die Zusammenziehung größerer Verbände von Fronttruppen bei Potsdam hatte zu dem Gerücht Veranlassung gegeben, daß dies zu gegenrevolutionären Zwecken geschehen sei. Diese Gerüchte haben sich als gegenstandslos er-

wiesen. Es handelt sich lediglich um Gardetruppen, die morgen ihren feierlichen Einzug in die Hauptstadt halten werden, darunter auch Bataillone, die aus Angehörigen aller Heeresteile zusammengesetzt sind. Der heutige Tag verlief in Berlin in vollster Ruhe, ernsthafteste Streiks finden nirgendwo statt, der Verkehr wickelt sich glatt ab.

Neuregelung der Disziplinarstrafen.

Der Stadtkommandant von Berlin, Bels, hat eine Neuordnung der Disziplinarstrafordnung entworfen. Er schlägt vor, daß die Mannschaften in geheimer Wahl einen dreigliedrigen Ausschuss als Disziplinarausschuss wählen und gleichzeitig drei Stellvertreter. Dieser Ausschuss wählt seinen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Als Disziplinarstrafen wurden vorgeschlagen: 1. Geldstrafen bis zu 5 Mark, 2. Kasernenarrest bis zu 7 Tagen, 3. Stubenarrest bis zu 5 Tagen, 4. gelinder Arrest bis zu 3 Tagen und 5. strenger Arrest bis zu 2 Tagen. Jeder einzelne Mann muß vor der Bestrafung verhört werden: es können Zeugen für und gegen den Beschuldigten vernommen werden.

Die Vorarbeiten zum Frieden.

Aus der Vorgeschichte des Krieges.

Der frühere englische Kriegsminister Salbame gibt interessante Daten zur Vorgeschichte des Krieges und weist darauf hin, daß England am 3. August 1914 um 11 Uhr mobilisiert habe, also 96 Stunden vor der Kriegserklärung. „Die Mobilisation“, sagt Salbame weiter, „war keine Kriegserklärung. Wir konnten auch im Frieden mobilisieren, um bereit zu sein. In den wenigen Stunden nach der Kriegserklärung war mit Hilfe der Flotte das Expeditionskorps über den Kanal, bevor jemand etwas wußte. Das Detachement erreichte den Konzentrationsplatz innerhalb 9 Tagen.“

England und die allgemeine Abrüstung.

Fast zur gleichen Zeit, wo Churchill die Erklärung abgab, daß England sich niemals eine Beschränkung seiner Rüstungen gefallen lassen werde, ist ein drahtloses Telegramm vom Dampfer „George Washington“ eingetroffen, auf dem sich Wilson befindet. Dieses Telegramm besagt, daß der Präsident vorschlagen wird, jeder bewaffneten Herrschaft einer einzelnen Nation ein Ende zu machen. Die meisten verständigen Amerikaner sind der Ansicht, daß damit kein aussichtsloses Dilemma entstanden ist. Aber eine kleine Gruppe in Amerika schreibt und spricht in dem Sinne, daß Englands Weigerung, seine Seeherrschaft aufzugeben, ein Beweis von großer Anmaßung ist. — Von anderer Seite wird nochmals nachdrücklich auf den Umstand hingewiesen, daß Amerika niemals dem Bündnisvertrag der Entente beigetreten sei, sich vielmehr freie Hand vorbehalten habe.

Maßnahmen zur Verpflegung Deutschlands.

Nach Meldungen, die über die Schweiz kommen, wird in Paris die Verpflegungsfrage Deutschlands, die seit einiger Zeit wieder zurückgestellt war, jetzt wieder aufgenommen. Die Frage wird jetzt seitens der Entente selbst als dringlich bezeichnet. Der amerikanische Kommissar für diese Angelegenheit hat erneute schleunige Besprechungen mit den französischen und englischen Ernährungsministern in London angeleitet. Man darf der Erwartung Ausdruck geben, daß nunmehr die Blockade mit Beschleunigung aufgehoben wird.

Todesurteil über Wilhelm II.

Wie man in Frankreich wissen will, soll sich die deutsche Regierung mit der Auslieferung Wilhelms II. und des Kronprinzen einverstanden erklärt haben, was von der Berliner Regierung übrigens in Abrede gestellt wird.

Im Pariser Justizpalast erklärt man ferner, daß die englische Justiz den Vorrang zur Verurteilung des Kaisers fordere, da dieser im Königreich Großbritannien infolge der Bepfeilung zweimal wegen Mordes zum Tode verurteilt sei.

Asquith erklärt, die Alliierten hätten ihre Ansicht dahin kundgegeben, das frühere Haupt der deutschen Regierung in Anklagezustand zu versetzen und vor ein internationales Gericht zu stellen, dessen Zusammensetzung noch nicht feststeht. — In der dänischen Presse kommen vorwiegend Stimmen zum Worte, die sich entschieden gegen die von den Alliierten geplante Bestrafung des Kaisers aussprechen.

Verschiedene Meldungen.

Brüssel, 9. Dez. Die belgischen Abgeordneten zur Friedenskonferenz sind: Emil Vanderveelde, Justizminister, Owens, Minister des Innern und der belgische Gesandte beim Vatikan Hans von Densel.

Paris, 9. Dez. Unterstaatssekretär Deschamps kündigte an, vor Ablauf von vierzehn Tagen werde eine rasche Demobilisation der letzten Jahrgänge beginnen. Auch die allgemeine Demobilisation werde in einem nahen Zeitpunkt ihren Anfang nehmen.

Washington, 9. Dez. Die revidierte amerikanische Verlustliste ergibt folgende Daten: gefallen 28303, vermißt 14290, verwundet 189965, an Wunden gestorben 12101, sonst gestorben 18014.

London, 9. Dez. Die Übergabe der in den Waffenstillstandsbedingungen vorgesehenen 2000 deutschen Flugzeuge wurde letzte Woche fortgesetzt. Man erwartet, daß die Alliierten bald im Besitz der vollen Anzahl sein werden.

Russische „Sozialisierung“.

Was bis jetzt erreicht und nicht erreicht wurde.

Aus mehr als einem Grunde ist die Entwicklung der Dinge in Rußland für uns äußerst wesentlich. Einmal, weil die Einwirkung des Bolschewismus auf Politik und Wirtschaftsleben für uns ein Experiment darstellt, je nachdem, zur Beachtung oder zur Warnung, und zweitens, weil Deutschland, komme es, wie es wolle, auf Rußlands Bodenschätze und landwirtschaftliche Erzeugnisse angewiesen sein wird — letzteres vermutlich mehr als früher. Nun ist ja natürlich den großrussischen Zeitungen, die selbstverständlich bolschewistisch schreiben müssen, nicht viel zu entnehmen, aber die Blätter der Ukraine, s. B. „Kiewskaja Myss“ und „Finansowy Journal“, geben unparteiische Aufschlüsse und sogar schlagende offizielle Statistiken.

Die „Sozialisierung“ der Betriebe ist in Rußland schon recht vorgeschritten. Der Vorgang ist recht einfach. Ein Regierungsdekret erklärt diese oder jene Fabrik, dies oder jenes Verwerk usw. zum Volkseigentum, der bis-

herige Besitzer, die Aktiengesellschaft oder wie die Firma nun heißt, wird ohne Entschädigung enteignet. Meist (nicht immer) wird dann die alte Verwaltung abgesetzt und ein Fabrikkomitee von Angestellten und Arbeitern gewählt, das dem Obersten Wirtschaftsrat in Moskau und der entsprechenden Zentralkommission unterstellt ist. Solche Zentralkomitees sind: „Zentrometall“ für die Metallindustrie, „Zentroscha“ für Lederindustrie, „Zentrosachar“ für Zucker, „Zentromylo“ für Seifenindustrie usw. In vielen Fällen hat man zu dem Mittel einer vorläufigen Beschlagnahme gegriffen, indem man das Unternehmen zwar als Nationalbesitz erklärt, die bisherigen Besitzer aber als Räuber gewissermaßen weiterarbeiten läßt. In solchen Fällen ist praktisch eigentlich, bis der Staat endgültig zugreift, nichts geändert, nur dürfen die Betriebe nicht mehr verkauft, aufgeteilt, belastet oder sonstwie wesentlich verändert werden. Die Unsicherheit der Lage, die Gefahr der Enteignung, Verhaftung und Erschießung hat in solchen Fällen freilich die Besitzer meist veranlaßt, recht bald das Weite zu suchen.

Durch ein Dekret sind nun durchgehend alle größeren Betriebe Rußlands (außer der Naphtha-Industrie, den Versicherungsgesellschaften und einigen kleineren Zweigen) dieser Regelung theoretisch unterworfen. Nach amtlicher Statistik waren im September d. J. bereits 518 Industrie-Unternehmungen tatsächlich in sozialistische Verwaltung übernommen, die Hälfte davon sind Bergwerke, dann kommen chemische Betriebe, Unternehmungen der Nahrungsmittel-Industrie, Papierfabriken usw. Der Rest befindet sich im Übergangsstadium.

Und die Erfolge? Sie sind wahrhaft erschütternd. Überall ist der Ertrag außerordentlich zurückgegangen. Die Einnahmen bleiben hinter den Ausgaben zurück, obwohl die Fabriken mit Einrichtung und Rohstoffen ohne Ertrag übernommen wurden. Schon im ersten Vierteljahr dieses Jahres mußte der Staat 433 Millionen Rubel zuzahlen, und jetzt werden diese Zuschüsse mindestens schon die Summe einer Milliarde erreicht haben. Der bekannte baltische Volkswirtschaftler Adolf v. Vogel sagt angesichts solcher Erfolge treffend: Die Moskauer Sowjet-Regierung hat aus der russischen Industrie eine Armenanstalt gemacht, in der die Arbeiter verpflegt werden, ohne daß Einfünfte zu erwarten sind!

Freilich wirkt auch Mangel an Rohstoffen mit, aber die Leinenindustrie und die weitere Textilindustrie, der es an Rohstoffen durchaus nicht fehlt, leidet genau so. Wo sich noch privatwirtschaftliche Betriebe in Rußland gehalten haben, stehen diese bedeutend günstiger. Und wenn teilweise in der Ukraine sich Mißstände zeigen, wie die Zerrüttung des gesamten Eisenbahnwesens, so sind auch das Folgen der bolschewistischen Inflation, die gerade lange genug währte, um die Werke und Fabriken auf das empfindlichste zu schädigen. In manchen Beziehungen sind die Verhältnisse in Großrußland sogar günstiger als in der Ukraine — und trotzdem das klägliche Ergebnis.

K. M.

Ein Appell an das Weltgewissen.

Dernburg über die Lage.

Berlin, 9. Dezember.

Der ehemalige Staatssekretär Dernburg befaßt sich in beachtenswerten Ausführungen mit der politischen Lage im Innern und zu unseren Gegnern. Er sagt u. a.:

Die kindlichen Ideologen im Westen und Süden werden von der Vertreibung der Entschädigung nicht verschont bleiben. Im brennenden Haufe zanken sich Minoritäten um die Herrschaft. In drei Wochen haben wir entweder die Konstituante oder die Feinde in Berlin. Die Volksmehrheit ist bereit, mit der Regierung durch die und dünn zu gehen, im Interesse der Ordnung. Trotzdem zieht die Regierung die Wahlen hin, die Schuldenwirtschaft geht weiter, die Dinge treiben dem Chaos zu.

In bezug auf unsere Feinde erklärt Dernburg, daß wir das Weltgewissen gegenüber ihren Machenschaften anrufen. Menschenunwürdige Strafen zu verlangen, schadet auch den Straftenden. Die sittlichen Ideale haben uns auch nach Tilsit wieder erhoben. Die bürgerliche Erneuerung Deutschlands muß erwiesen werden durch die Aufrichtung eines neuen sozial und demokratisch gerichteten Reiches. Schuldig sind alle Völker durch ihre Geheimdiplomatie, ihren Militarismus und Raakalismus, ihre Ländergier geworden. Im übrigen sei der Gewaltfrieden unvereinbar mit den 14 Punkten Wilsons.

Poincaré in Elsaß-Lothringen.

Keine Volksabstimmung nötig.

Metz, 9. Dezember.

Präsident Poincaré ist in Begleitung von Clemenceau, der übrigen Minister und zahlreicher Abgeordneter hier eingetroffen und wurde von Foch und den sonstigen Epikern empfangen. Im Rathaus begrüßte ihn der Bürgermeister mit einer Rede, in der er u. a. ausführte, daß von Deutschland geforderte Plebiszit sei bereits erfolgt durch den den französischen Truppen bereiteten Empfang. In der Kathedrale wurde der Präsident vom Generalvikar empfangen. Von Metz fuhr Poincaré nach Straßburg.

Erfolg deutscher Repressalien.

Zu der gefälligen Art, in der die Deutschen von der französischen Behörde aus Elsaß-Lothringen ausgetrieben wurden, hat die deutsche Regierung mit Nachdruck Stellung genommen. Sie hat in Paris mitteilen lassen, daß, wenn die Ausweisungen aus Elsaß-Lothringen im bisherigen Maßstab fortbauern sollten, deutscherseits die Ausweisung sämtlicher Elsaß-Lothringer aus Deutschland erzwungen werden müsse. Darauf ist französischerseits angeordnet worden, daß die Ausweisungen fortan nur noch aus politischen Gründen und nicht mehr aus Grund namenloser Anzeichen erfolgen sollen.

Berlin, 9. Dez. Der Kreisstaatsrentendat Binder in Osterburg wurde auf dem Wege zum Landratsamt ermordet und beraubt. Die Täter hatten es auf die Kassenschlüssel der Kreisparafalle abgesehen. Da der Hauptbeschäftigte sich aber nicht bei dem Ermordeten befand, gelang es ihnen nicht, an die Kasse heranzukommen.

Braunschweig, 9. Dez. Auf dem hiesigen Flugplatz brannte eine Flugzeughalle nieder, wobei 15 Flugzeuge den Flammen zum Opfer fielen.

## Verschiedenes.

Kameraden, mehr Würde! Im Sprechsaal der Frankfurter Oberleitung finden wir folgende zeitgemäße Mahnung eines Frontsoldaten des Grenadier-Regiments Nr. 12: Wer jetzt als langgedienter Soldat die Straßen Frankfurts durchwandert, dem muß eine Gänsehaut nach der andern überlaufen. Abgerissene Kofarden, offenstehende Mäntel und Röcke sind unter euch an der Tagesordnung. Selbst geschlossene Abteilungen sieht man, die Hände in den Hosentaschen, Gewehrwindung gefenkt, zur Wache laffen. Kameraden, warum solche Würdelosigkeiten? Pflegt ihr denn in Zivil mit offener Weste ohne Kragen spazieren zu gehen? Freilich geben sich zu solchen Aufzügen fast nur Heimat- und Stappenkrieger her. Frontsoldaten, möge sie sich zu dem neuen Kurie stellen, wie sie wollen, möge sie politisch noch so verschieden denken, sind sich für derartige Albernheiten zu schade. Wer, wie Schreiber dieser Zeilen, jahrelang Auge in Auge mit dem Feinde für seine Heimat unter größten Entbehrungen auf Tod und Leben gekämpft hat, wird seine feldgraue Uniform immer als ein rein zu haltendes Ehrenkleid ansehen. Sind das denn die Errungenschaften der neuen Freiheit, daß der Soldat, der augenblickliche Träger der Staatsgewalt, wie ein Landstreicher herumläuft? Kameraden, wer Rechte hat hat auch Pflichten! Wenn wir das Vertrauen unserer Mitbürger gewinnen wollen, müssen wir uns auch äußerlich danach halten! Darum nochmals: Mehr Würde, Kameraden!

□ **Erleichterungen bei der Bezugspflicht.** Wie die Textil-Woche erfährt, steht eine große Erleichterung der Bezugspflicht unmittelbar bevor. Es sollen auf die Freiliste gesetzt werden: Tischwäsche, Kragen, Manschetten, Vorhemden und Schuerröcher, wahrscheinlich auch Taschentücher. Ferner sollen alle undichte Gewebe bezugsfrei sein, nicht nur undichte baumwollene Kleidungsstücke, wie es bisher hieß. Auf Bettwäsche sollen Bezugsfreiheiten wieder ausgeübt werden. Die Bestandsprüfung soll zum großen Teil wegfallen. Es sollen vielmehr bei vereinfachter Bedarfsprüfung gegen einen Bezugschein ein Winterkleid und ein Wintermantel ohne weiteres gewährt werden. Die kommunale Beschlagnahme der Tischwäsche wird aufgehoben. Im Monat Dezember sollen weitere Erleichterungen der Bezugspflicht eintreten. Man hofft, bis zum April die Bezugspflicht ganz beseitigt zu haben. Die Kaufleute werden jedoch ermahnt, die amtliche Bekanntmachung hierüber abzuwarten, da noch keine endgültigen Beschlüsse vorliegen.

□ **Die Neuordnung für Bäckereien und Konditoreien,** die durch Verfügung der Volksbeauftragten am 15. Dezember d. J. in Kraft tritt, beseitigt die Nachtarbeit zunächst völlig. In Zukunft darf in den Bäckereien und Konditoreien in der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens nicht gearbeitet werden. Um den besonderen örtlichen Verhältnissen Rechnung tragen zu können, ist vorgezogen, daß die Landesregierungen eine Verschiebung der Lage der Ruhezeit um eine Stunde zulassen können, d. h. daß die Arbeit schon um 5 Uhr morgens beginnen

kann, wenn sie abends zuvor um 9 Uhr abgeschlossen ist. Auch die Sonntagsarbeit wird gänzlich beseitigt, nachdem der Vorschlag, für die reinen Konditoreien eine dreistündige Sonntagsarbeit zuzulassen, an dem Widerspruch der Bäcker scheitert ist. Nur das Austragen von leicht verderblichen Waren darf noch während drei Stunden am Sonntag stattfinden. Von weitgehender Bedeutung ist die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in den Bäckereien, Konditoreien und ihnen gleichgestellten Betrieben. Zurzeit dürfte diese Neuordnung keine Schwierigkeiten machen, da in den Bäckereien im allgemeinen wegen der knappen Mehlvorräte mit stark verkürzter Arbeitszeit gearbeitet wird. Dadurch wird der Übergang erleichtert, und es ist anzunehmen, daß die später auftauchenden Schwierigkeiten verhältnismäßig leicht überwunden werden, besonders da die Verordnung auch die Gewerkeaufsichtsbeamten ermächtigt, in geeigneten Fällen Ausnahmen zuzulassen. Jedenfalls werden die Bäckermeister gut tun, schon bald auf die neue Ordnung einzurichten. Die Bestimmungen gelten auch für die Bäckereien und Konditoreien von Konsum- und anderen Vereinen, sowie für die Bäckereien der Gastwirtschaften, Seifenanstalten aller Art (Pensionen, Heilanstalten, Fabrikantinnen), Warenhäuser, Mühlen, Bahnhofsrestaurants usw. Das Verbot der Nachtarbeit und der Sonntagsarbeit findet auch auf die Anlagen zur Herstellung von Zwieback, Reis, Biskuits, Sonigluten usw. Anwendung, um diese im Wettbewerb mit den Bäckereien und Konditoreien nicht zu begünstigen.

Fortsetzung des amtlichen Teiles aus dem Hauptblatt.

Nachstehende Bekanntmachung wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht.  
Dresden, am 2. Dezember 1918. 2657 V G 1  
Arbeits- und Wirtschaftsministerium. 5558

### Bekanntmachung über den Verkehr mit Saat- und Steckzwiebeln zu Saatwecken und deren Höchstpreise.

Auf Grund der §§ 4, 11 und 12 der Verordnung über Gemüse, Obst und Säbfrüchte vom 3. April 1917 (RöBl. S. 307) wird unter Aufhebung der Bekanntmachung gleichen Inhalts vom 15. November 1917 (Reichsanzeiger 273) bestimmt:

§ 1.  
Im Gebiete des Deutschen Reiches dürfen Saat- und Steckzwiebeln zu Saatwecken nur gegen Saatkarte und mit Genehmigung der zuständigen Landesstellen für Gemüse und Obst (in Preußen und Elsaß-Lothringen der Provinzial- und Bezirksstelle für Gemüse und Obst) abgesetzt werden. Die genannten Stellen erlassen die näheren Bestimmungen über die Saatkarte und über die Voraussetzungen, unter denen die Genehmigung zu erteilen ist.

§ 2.  
Soweit inländische Saat- und Steckzwiebeln nach § 1 dieser Bekanntmachung zu Saatwecken gegen Saatkarte und mit Genehmigung der zuständigen Stellen abgesetzt werden, dürfen beim Verkauf durch den Erzeuger die nachstehenden Sätze je Zentner nicht überschritten werden:

Für Saatzwiebeln bis 31. Dezember 1918 21 M.  
vom 1. Januar 1919 ab  
je Monat und Zentner  
1.— M. mehr.

Für Steckzwiebeln

1. längliche und ovale:
  - Größe I unter 1 1/2 cm Durchmesser 100 M.
  - Größe II 1 1/2 bis 2 cm " 80 "
  - Größe III 2 bis 2 1/2 cm " 60 "
2. plattrunde:
  - Größe I unter 2 cm " 120 "
  - Größe II 2 bis 2 1/2 cm " 100 "
  - Größe III 2 1/2 bis 3 cm " 80 "

§ 3. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.  
Berlin, am 28. November 1918.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.  
Der Vorsitzende: von Tilly.

### Zeitliche Begrenzung der Hauschlachtungen.

Infolge der Knappheit an Futtermitteln wird auf Anordnung des Reichsernährungsamts auf Grund von §§ 2 und 17 der Reichsfleischordnung in der Fassung der Verordnung vom 19. Oktober 1917 (RöBl. S. 949) hiermit bestimmt, daß sämtliche Hauschlachtungen bis spätestens

31. Dezember 1918

durchgeführt sein müssen.

Nach diesem Zeitpunkt sind Genehmigungen für Hauschlachtungen nicht mehr zu erteilen.

Die nach dem 1. Januar 1919 noch in den Beständen befindlichen Schweine sind, abgesehen von den Zuchtschweinen, auf deren Erhaltung mit allen Mitteln hinzuwirken ist, und von noch nicht abgenommenen Vertragsschweinen, möglichst ohne Verzug zur Erfüllung der Schlachtviehumlage heranzuziehen.

Ausnahmen in besonderen Fällen zu erteilen, bleibt den Kommunalverbänden vorbehalten.

Dresden, am 30. November 1918. 5468 V L A III  
Arbeits- und Wirtschaftsministerium. 5552

### W. M. IV. 1050. Altkleiderbewirtschaftung.

Die Bestimmungen über die Verwertung getragener Kleidungs- und Wäschestücke, auch Uniformen, sowie getragener Schuhwaren scheinen noch immer nicht allenthalben beachtet zu werden. Derartige Bekleidungsgegenstände dürfen nur durch die behördlich zugelassenen Stellen entgeltlich gewerbsmäßig erworben und entgeltlich veräußert werden. Für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Pirna steht dieses Recht nur der Kleiderverwertungsstelle Dresden, An der Kreuzkirche 8, und den behördlichen Annahmestellen zu. Diese befinden sich in:

Berggießhübel im Rathaus,	Neustadt im Rathaus,
Dohna " " "	Pirna " " "
Gottleuba " " "	Rosenthal " Gemeindeamt,
Heidenau " " " "	Schandau " Rathaus,
Hohnstein " " " "	Sebnitz " " "
Kleinjtschachwitz " " " "	Stolpen " " "
Königsstein " " " "	Wehlen " " "
Liebstadt " " " "	

Wer diesen Bestimmungen zuwiderhandelt, setzt sich der Bestrafung mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 15000 Mark aus.

Pirna, den 3. Dezember 1918.

Der Bezirksverband.

### K. M. I. Handel mit Gemüsesämereien.

Die Entscheidung über die Erteilung und Entziehung der Erlaubnis sowie über die Unterjagung des Handels mit Gemüsesämereien ist für den ganzen Regierungsbezirk Dresden der beim Stadtrat zu Dresden errichteten Stelle übertragen worden.

Für die Erteilung der Erlaubnis sind die Bestimmungen der Bekanntmachung des Vorsitzenden dieser Stelle vom 19. November 1918 — abgedruckt in Nr. 143 der Sächsischen Elbzeltung vom 28. Dezember 1918 — maßgebend und wird auf diese hierdurch nochmals besonders verwiesen.

Wer im Bezirk der Kreishauptmannschaft Dresden Handel mit Gemüsesämereien betreiben will, hat, sofern sich sein Geschäft in den in der Amtshauptmannschaft Pirna gelegenen Stadtgemeinden, in denen die Städteordnung für mittlere und kleine Städte eingeführt ist, und Landgemeinden befindet, ein Gesuch bei der Amtshauptmannschaft Pirna, und sofern sich das Geschäft in Städten mit rev Städteordnung befindet, ein solches beim Stadtrat einzureichen.

Vordrucke zu Gesuchen sind bei der Amtshauptmannschaft kostenlos zu entnehmen.

Die Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft über den Handel mit Gemüsesämereien vom 28. Oktober 1918 — Sächsische Elbzeltung Nr. 134 vom 7. November 1918 — erledigt sich hierdurch.

Pirna, am 3. Dezember 1918.

Die Amtshauptmannschaft.

### 1064 K. M. III. Höchstpreise für Gemüse.

Nachstehend werden die mit Wirkung vom 1. Dezember d. J. ab von der Reichsstelle für Gemüse und Obst festgesetzten neuen Höchstpreise bekannt gemacht, die an die Stelle der unter 1 der Bekanntmachung vom 11. November d. J. Nr. 2123 V. G. 2 in der Sächsischen Elbzeltung vom 26. 11. 18. Nr. 142 aufgeführten Höchstpreise treten:

Erzeugerpreis für 1 Zentner Vertragsfreie Ware	Großhandelspreis für 1 Zentner Vertragsfreie Ware	Kleinhandelspreis		
		Pfeunige je Pfund	je Pfund	
1. Weißkohl . . . . .	4,75 M.	5,— M.	8,5 12	
2. Dauerweißkohl vom 15. 12 ab . . . . .	5,75 "	6,— "	9,5 13	
3. Dauerrotkohl . . . . .	9,50 "	10,— "	14 18	
4. Dauerwirsingkohl . . . . .	8,— "	9,50 "	13,5 18,5	
5. Grünkohl vom 15. 12. ab . . . . .	8,— "	8,50 "	13 18	
6. Rote Möhren u. längl. Karotten (ohne Kraut) . . . . .	7,25 "	7,75 "	11,5 17	
7. Gelbe Möhren (ohne Kraut) . . . . .	5,50 "	5,75 "	9,25 13	
8. Weiße Möhren (ohne Kraut) . . . . .	3,— "	3,75 "	6,75 10	
9. Kleine, runde Karotten . . . . .	12,75 "	—,—" "	17,25 24	
10. Rote Rüben (rote Beete) . . . . .	7,75 "	8,75 "	11,75 17	
11. Weiße Kohlrüben . . . . .	2,35 "	—,—" "	5,25 8	
12. Gelbe Kohlrüben . . . . .	3,60 "	—,—" "	6,6 9,5	
13. Zwiebeln (ohne Kraut) mit Sack 17,50 "	18,— "	—,—" "	24,5 32	
14. Herbst-, Wasser-, Stoppelrüben, Maigrüben . . . . .	2,10 "	—,—" "	3,1 6	
15. Runkelrüben (Futterrüben) . . . . .	2,10 "	—,—" "	3,1 6	
Ueberbries:		Erzeugerpreis	Großhandelspreis	Kleinhandelspreis
16. Spinat . . . . .		18	23	30

Die Erzeugerpreise umfassen die Kosten der Beförderung zur nächsten Verladestelle und der Verladung, sowie Vergütung für besondere Aufwendungen des Anbauers an Arbeit oder an Kosten für Aufbewahrung (Einmieten, Einkesseln und dergl.).

Die Preise gelten für gesunde und marktfähige Ware.

Grünkohl und Dauerweißkohl dürfen erst vom 15. Dezember 1918 abgesetzt werden.

Pirna, am 6. Dezember 1918.

Der Bezirksverband.

### Sonderzuteilung von R.-U.-Seife.

1535 K. Infolge Bekanntmachung des Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamts vom 29. November 1918 (Reichsgesetzblatt S. 1386) dürfen auf den Januar-Abschnitt der laufenden Seisenkarte einmal statt 50 g

100 g R.-U.-Seife

abgegeben werden.

Pirna, am 5. Dezember 1918.

Der Bezirksverband.

### W. M. I. Saatgutverkauf.

Die Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe werden unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft über den Verkehr mit Getreide, Hülsenfrüchten, Buchweizen und Hirse aus der Ernte 1918 zu Saatwecken vom 31. Juli 1918 (Sächs. Elbzeltung Nr. 95 vom 8. August 1918) nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß es zur Veräußerung von Saatgut in jedem einzelnen Falle der Genehmigung der Amtshauptmannschaft bedarf. Die Angabe des Käufers, von wem er das Saatgut beziehen will, genügt nicht. Der Verkäufer muß vielmehr selbst um Genehmigung zur Veräußerung des Saatgutes nachsuchen. Zuwiderhandlungen werden nach § 80 Ziffer 4 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 mit Gefängnis bis zu 1 Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Befreit von der Verpflichtung der Genehmigungseinholung im einzelnen Falle sind nur die zugelassenen Saatguthändler, die Original- und anerkannten Saatgutwirtschaften sowie diejenigen Wirtschaften, denen der Saatgutverkauf für eine bestimmte Fruchtart und Menge im allgemeinen erlaubt worden ist.

Pirna, am 28. November 1918.

Der Bezirksverband.